

# **Guter Rat für Rückverteilung: Bevölkerungsbericht**

Dokumentation der Ergebnisse

Martin Haselmayer

Wien, November 2024

## Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung .....	3
Einleitung.....	4
1 Überblick: Guter Rat .....	5
2 Forschungsdesign .....	6
3 Ergebnisse.....	8
3.1 Einstellungen zu Demokratie und Beteiligungsformen .....	8
3.1.1 Politisches Interesse .....	8
3.1.2 Demokratiezufriedenheit .....	9
3.1.3 Politische Wirksamkeit .....	11
3.1.4 Politische Beteiligung und Repräsentation .....	14
3.2 Der Gute Rat für Rückverteilung .....	19
3.2.1 Bekanntheit des Guten Rats .....	20
3.2.2 Bewertung des Guten Rats .....	21
3.3 Vermögensverteilung.....	28
3.3.1 Vermögensanteil des reichsten Prozents.....	28
3.3.2 Einstellung zur Vermögensverteilung .....	31
3.3.3 Steuern auf Vermögen und Arbeit .....	32
3.3.4 Vermögensbezogene Steuern .....	34
3.3.5 Heuristiken der Vermögensverteilung .....	36
3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	39
4 Diskussion.....	41
Literaturverzeichnis .....	44
Tabellenverzeichnis .....	50
Abbildungsverzeichnis .....	51
Appendix.....	52

## Daten zur Untersuchung

<b>Thema</b>	Guter Rat – Bevölkerungsbericht
<b>Auftraggeber:in</b>	Guter Rat für Rückverteilung
<b>Beauftragtes Institut</b>	FORESIGHT, Wien
<b>Wissenschaftliche Leitung</b>	Dr. Martin Haselmayer
<b>Autor</b>	Dr. Martin Haselmayer
<b>Kooperationspartner:innen</b>	Franziska Disslbacher, PhD (WU Wien) Lukas Lehner, PhD (Universität Edinburgh) Severin Rapp, PhD (Stone Center on Social-Economic inequality, City University of New York) Franziska Windisch, MA (Universität Wien)
<b>Grundgesamtheit</b>	Österreichische Wohnbevölkerung ab 16 Jahren
<b>Stichprobenumfang</b>	Zufallsstichprobe
<b>Stichprobendesign/-ziehung</b>	n = 1.002, repräsentativ für die Wohnbevölkerung
<b>Art der Befragung</b>	Online (CAWI: 60%), telefonisch (CATI: 40%)
<b>Befragungszeitraum</b>	21.06.2024–22.07.2024

## Einleitung

Der Gute Rat für Rückverteilung war der erste privat organisierte, bundesweite Bürger:innenrat in Österreich. Nach dem Vorbild internationaler und nationaler Beteiligungsverfahren sollte das repräsentativ zusammengesetzte Gremium Fragen der Vermögensverteilung und der demokratischen Mitbestimmung diskutieren, Botschaften an Politik und Gesellschaft formulieren und eine öffentliche Debatte zu diesen Themen anregen. Zudem konnten die Mitglieder des Guten Rats ein Projektbudget von 25 Millionen Euro aus dem Erbe der Initiatorin (rück)verteilen und somit auch unmittelbaren Einfluss ausüben.

Deliberative Beteiligungsverfahren wie der Gute Rat für Rückverteilung können die Teilnehmer:innen demokratisch mobilisieren und polarisierte Debatten versachlichen. Zudem können sie Lösungen für kontroverse politische Fragen beitragen und die Akzeptanz demokratischer Prozesse erhöhen (Germann et al. 2022; Suiter et al. 2021; OECD 2020; Dryzek et al. 2019; Geißel et al. 2019). Die Legitimität dieser Beteiligungsprozesse hängt unter anderem von der inklusiven und transparenten Zusammensetzung ab und profitiert von einer effektiven Anbindung an die Institutionen der repräsentativen Demokratie. Die Zusammensetzung des Guten Rats erfolgte auf Basis aktueller wissenschaftlicher Standards und erreichte ein hohes Maß an statistischer Repräsentation (Haselmayer 2024). Da der Gute Rat von einer Privatperson initiiert wurde, fehlte jedoch die Anbindung an das politische System. Dieser Bericht untersucht auf Basis einer repräsentativen, österreichweiten Befragung, wie der Gute Rat für Rückverteilung in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde und welche Kriterien über die Akzeptanz privater partizipativer Initiativen entscheiden können. Darüber hinaus werden Einstellungen und Präferenzen der Bevölkerung zu den zentralen Inhalten des Bürger:innenrats analysiert und dargestellt.

Der Bericht beginnt mit einer kurzen Übersicht zum Guten Rat und einer Beschreibung des Forschungsdesigns. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Befragung im Hinblick auf Einstellungen zu Demokratie und Beteiligung, den Guten Rat sowie Fragen der Vermögensverteilung und -besteuerung präsentiert. Das abschließende Kapitel diskutiert die Ergebnisse hinsichtlich des allgemeinen Potenzials nichtstaatlicher partizipativer Prozesse.

## 1 Überblick: Guter Rat

Der Gute Rat für Rückverteilung wurde auf Privatinitiative von Marlene Engelhorn finanziert, in ihrem Auftrag organisiert und zwischen März und Juni 2024 durchgeführt. Die 50 Mitglieder des Guten Rats tagten an insgesamt sechs Wochenenden mit dem Ziel, eine allgemeine Debatte zur Vermögensverteilung in Österreich zu führen. Diese Debatte und daraus resultierende Ideen sollten die Grundlage für die Vergabe des Projektbudgets von 25 Millionen Euro bilden.

Die Projektsumme stammt aus dem Erbe der Initiatorin und wurde vor dem Projektstart auf ein Treuhandkonto überwiesen. Es wurden lediglich grobe Rahmenbedingungen für die Vergabe vorgegeben, die eine Verwendung für verfassungswidrige, lebensfeindliche oder menschenverachtende Gruppen oder Inhalte ausschlossen. Zudem wurden gewinnorientierte Projektziele oder Organisationen und die Gründung oder Finanzierung politischer Parteien ausgeschlossen.<sup>1</sup> Darüber hinaus waren die Ratsmitglieder an keine formalen oder inhaltlichen Kriterien gebunden.

Tabelle 1: Übersicht Guter Rat

Initiatorin	Marlene Engelhorn
Durchführung	Projektteam unter der Leitung von Alexandra Wang
Thema	Vermögensverteilung bzw. Rückverteilung
Ziele	Anstoß zur Debatte über Vermögensverteilung, demokratisch-partizipative Rückverteilung
Zeitraum	16.03.2024–09.06.2024 (6 Wochenenden)

Während Bürger:innenbeteiligungsverfahren in der Regel staatlich bzw. institutionell verankert sind, weist der Gute Rat eine Sonderstellung auf. Aufgrund der privaten Organisation fehlt eine direkte Anbindung an das politische System und damit die Möglichkeit, direkt auf politische Entscheidungen einzuwirken. Im Gegensatz dazu ermöglicht die Verteilung der zugesicherten Projektmittel eine unmittelbare Gestaltungsoption. Darüber hinaus zeigen nationale<sup>2</sup> und internationale Erfahrungen mit Bürger:innenräten, dass die Anbindung an politische Institutionen keine Garantie für die Umsetzung

---

<sup>1</sup> <https://guterrat.info/faqs/> [12.10.2024]

<sup>2</sup> U.a. <https://www.derstandard.at/story/3000000172694/93-empfehlungen-des-klimar> [12.10.2024]

inhaltlicher Empfehlungen ist (u. a. Giraudet et al. 2022). Im Vergleich mit bisherigen Beteiligungsverfahren sticht zudem die hohe Aufwandsentschädigung von 1.200 Euro pro Wochenende hervor, die deutlich über vergleichbaren Beträgen liegt (Mitglieder des österreichischen Klimarats erhielten 100 Euro pro Wochenende).<sup>3</sup>

## 2 Forschungsdesign

Die Datenerhebung erfolgte mittels repräsentativer, standardisierter Befragung von Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Der Fragebogen wurde gemeinsam mit Kooperationspartner:innen entwickelt<sup>4</sup>. Die Befragung wurde zu 40% telefonisch (CATI<sup>5</sup>) und zu 60% online (CAWI<sup>6</sup>) durchgeführt. Sie startete am 21. Juni 2024 und damit kurz nach der Abschlusspressekonferenz des Guten Rats (18. Juni 2024), abgeschlossen wurde sie nach etwa fünf Wochen Feldzeit am 22. Juli 2024. Beim finalen Pressetermin wurden die Ergebnisse der Rückverteilung sowie die inhaltlichen Botschaften des Guten Rats präsentiert. Im Anschluss folgte eine umfassende Medienberichterstattung, wodurch die Bekanntheit und Präsenz des Bürger:innenrats zum Zeitpunkt der Erhebung einen Höhepunkt erreichte.<sup>7</sup> Der Befragungszeitpunkt stellt somit sicher, dass eine größtmögliche Zahl von Menschen über den Guten Rat informiert war und die aktuellen Ergebnisse und Botschaften einordnen konnte.

Die Grundgesamtheit umfasst Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Ziehung der CATI-Stichprobe erfolgte per Zufallsprinzip und mittels RLD-Verfahren<sup>8</sup> generierter Telefonnummern aus dem öffentlichen Telefonbuch. Die CAWI-Stichprobe wurde aus einem offline rekrutierten Access-Panel gezogen, um eine höhere Repräsentativität im Vergleich zu reinen

---

<sup>3</sup> Vgl. <https://klimarat.org/wp-content/uploads/Klimarat-Endbericht-WEB.pdf> [12.04.2024]

<sup>4</sup> Franziska Windisch (Universität Wien), Severin Rapp (Stone Center on Social-Economic inequality at the City University of New York), Lukas Lehner (Universität Edinburgh), Franziska Disslbacher (WU Wien).

<sup>5</sup> Computer Assisted Telephone Interview

<sup>6</sup> Computer Assisted Web Interview

<sup>7</sup> Der APA-Online-Manager weist in der Woche der Entscheidungsverkündung 101 Beiträge in verschiedenen österreichischen Nachrichtenformaten (Print, Online, Radio und TV) aus, darunter Beiträge in den reichweitenstärksten Medien wie den Ö3-Nachrichten (18.06.), der Zeit im Bild (18.06.) sowie allen reichweitenstarken Tageszeitungen (Der Standard, Die Presse, Heute, Kleine Zeitung, Kronen Zeitung, Kurier, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung) und Onlineportalen. Anmerkung: Die Tageszeitung „Österreich“ wird nicht im APA-Online-Manager erfasst [Abfrage am 17.10.2024].

<sup>8</sup> Random Last Digit (letzte Zufallszahl)

Online-Panels zu gewährleisten (Cornesse et al. 2020; Bandilla 2015). Nach der Erhebung wurde der Rohdatensatz einer Qualitätsprüfung unterzogen, wobei die Antworten der Befragten mit Hilfe von Konsistenz- und Plausibilitätstests geprüft wurden. Dabei wurden auffällige Antwortmuster kontrolliert, um eine ernsthafte Fragebeantwortung sicherzustellen. Die Analyse der fehlenden Werte identifizierte wiederum Fragen mit einem hohen Anteil an „weiß nicht“- und „keine Angabe“-Antworten (Item-Nonresponse) sowie Befragte mit unverhältnismäßig vielen nicht beantworteten Fragen (Unit-Nonresponse).

Die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen (Schräpler 2000) wurde innerhalb des Rahmens guter wissenschaftlicher Praxis mittels Gewichtung ausgeglichen. Dabei werden relevante Merkmale der Stichprobe an die Verteilung der Grundgesamtheit angepasst, im vorliegenden Fall: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region und Urbanisierungsgrad. Tabelle 2 fasst die Kerninformationen der Datenerhebung zusammen.

**Tabelle 2: Übersicht Forschungsdesign**

<b>Erhebung</b>	<b>Befragungsmodus</b>	<b>Sample</b>	<b>Feldzeit</b>
Standardisierte Befragung	Online-Interviews (60%) Telefon-Interviews (40%)	N = 1.002	21.06.2024– 22.07.2024

Kapitel 3 präsentiert in der Folge die wesentlichen Ergebnisse und fokussiert dabei auf a) die Einstellungen zu Demokratie und Beteiligung, b) die Bekanntheit und Bewertung des Guten Rats sowie c) das Wissen und die Einstellungen zur Vermögensverteilung in Österreich. Alle Darstellungen und Ergebnisdiskussionen beruhen dabei auf den gewichteten Daten.

## 3 Ergebnisse

### 3.1 Einstellungen zu Demokratie und Beteiligungsformen

Politisches Interesse, demokratische Beteiligung, Mitbestimmung und die Zufriedenheit mit der (repräsentativen) Demokratie sind zentrale Kennzahlen für die Qualität und das Funktionieren demokratischer Systeme. Zuletzt ergaben zahlreiche Studien, dass viele Menschen in Österreich mit dem Zustand der Demokratie und der Vertretung ihrer Interessen unzufrieden waren (u. a. Zandonella 2024). Die mangelnde Repräsentation zeigte sich dabei insbesondere bei einkommensschwächeren Gruppen (Zandonella 2024), deren Interessen sich auch im internationalen Vergleich seltener und schlechter in politischen Entscheidungen niederschlagen (Elsässer & Schäfer 2023; Gilens 2012; Bartels 2008). In diesem Zusammenhang fokussiert dieser Teil auf soziale und soziodemografische Unterschiede im Hinblick auf das politische Interesse, die demokratische Beteiligung und Repräsentation sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie.

#### 3.1.1 Politisches Interesse

Politisch interessierte Menschen wissen mehr über politische Themen, nehmen häufiger an Wahlen teil und engagieren sich öfter (z. B. Powell 1986). Langzeitstudien zeigen außerdem, dass politisches Interesse von Personen über verschiedene Lebensphasen hinweg sehr stabil bleibt (Prior 2010).

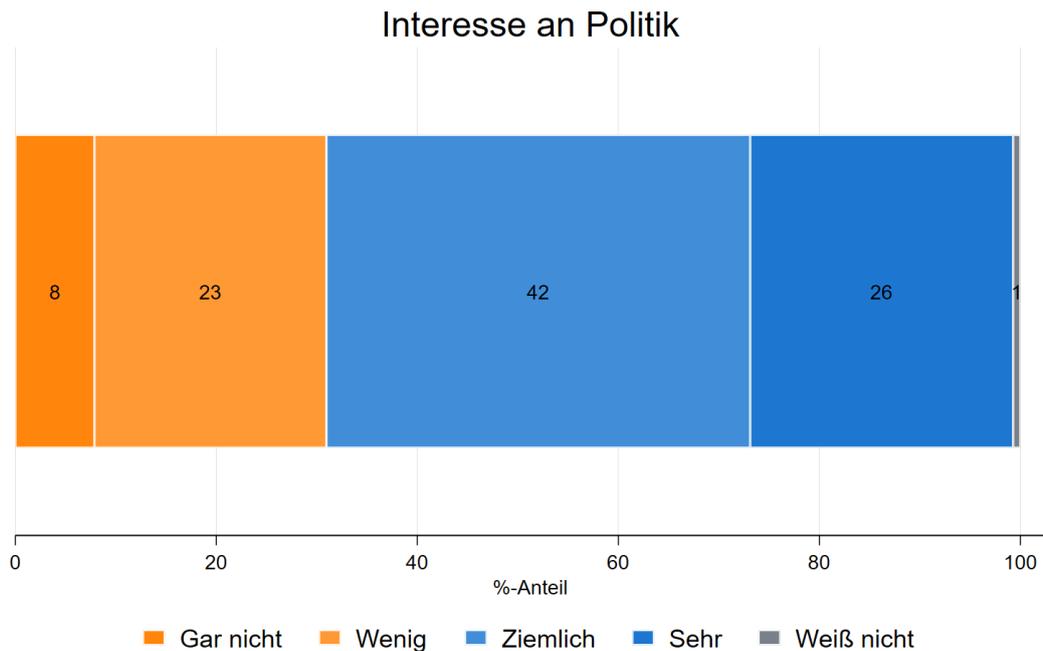
Abbildung 1 verdeutlicht, dass mehr als zwei Drittel (68%) der Österreicher:innen sich als politikinteressiert bezeichnen, jede:r Vierte ist sehr interessiert (26%). Unterschiede lassen sich vor allem in Hinblick auf den Bildungshintergrund und das Alter erkennen: Weniger als die Hälfte der Befragten (66%) ohne Matura geben an, politisch interessiert zu sein, während dies auf 76% der Menschen mit höherem Bildungsabschluss zutrifft ( $p < 0,05$ ).<sup>9</sup> Ebenso sind Menschen über dreißig etwas mehr an Politik

---

<sup>9</sup> Sofern statistische Schätzparameter angeführt werden ( $p < 0,05$ ), liegen signifikant unterschiedliche Mittelwerte vor. Das heißt, diese (bivariaten) Unterschiede sind im Rahmen des angeführten Intervalls ( $p < 0,01$ : 99%,  $p < 0,05$ : 95%,  $p < 0,1$ : 90%) auch auf die Grundgesamtheit der österreichischen Bevölkerung übertragbar.

interessiert (70%) als Jüngere (63%) ( $p < 0,01$ ). Personen mit großem Vermögen<sup>10</sup> sind ebenfalls interessierter an Politik als jene mit niedrigem bzw. mittlerem Vermögen (87% vs. 68%,  $p < 0,05$ ). Darüber hinaus lassen sich keine Unterschiede in Bezug auf Einkommen oder Geschlecht feststellen.

Abbildung 1: Politisches Interesse



Fragewortlaut: „Einmal ganz allgemein: Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?“

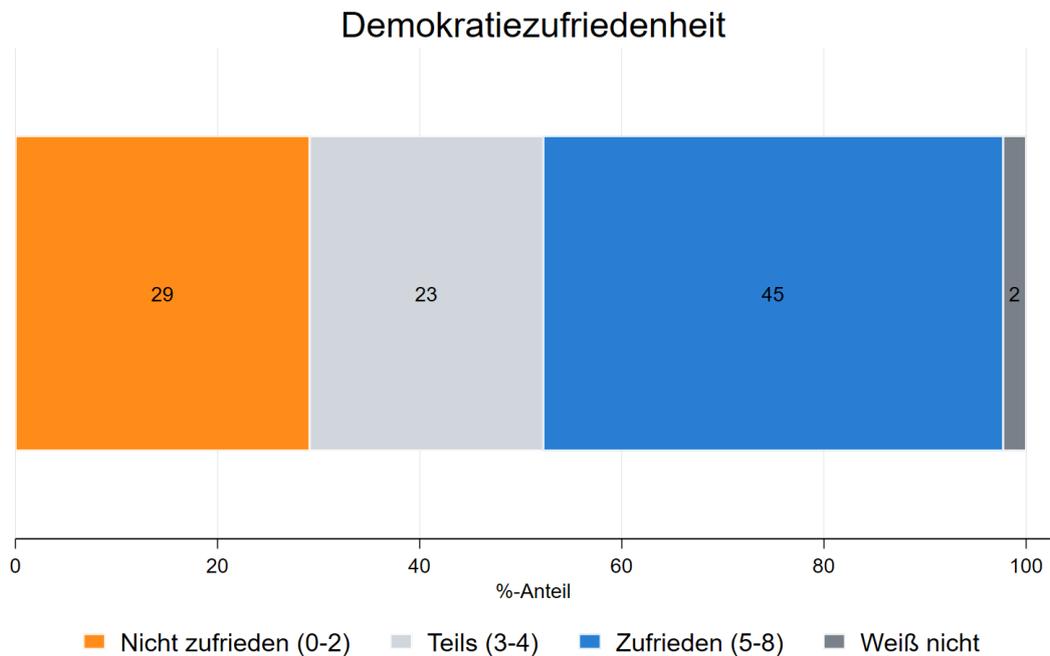
### 3.1.2 Demokratiezufriedenheit

Neben dem Interesse an Politik ist die generelle Demokratiezufriedenheit ein wichtiger Indikator für das Funktionieren von Demokratie in der Praxis (Anderson 2002; Singh & Mayne 2023). Die Befragten konnten auf einer 8-stufigen Skala angeben, wie zufrieden (von 0 „überhaupt nicht“ bis 7 „sehr“) sie mit der österreichischen Demokratie sind. Die grafische Darstellung fasst unzufriedene (0-2), teils zufriedene (3-4) und zufriedene (5-7) Personen zusammen. Abbildung 2 veranschaulicht, dass weniger als die Hälfte der Österreicher:innen mit der Demokratie (sehr) zufrieden sind (45%), knapp ein

<sup>10</sup> Selbsteinstufung auf einer Vermögensleiter (Adler et al. 2000): Personen der Stufen 7-10, das entspricht 10% der Befragten, werden jenen mit geringem und mittlerem Vermögen gegenübergestellt.

Viertel ist zum Teil zufrieden (23%), während fast ein Drittel unzufrieden ist (29%).

Abbildung 2: Zufriedenheit mit Demokratie in Österreich



Fragewortlaut: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Österreich funktioniert?“

Anders als beim Interesse für Politik zeigen sich hier deutliche Unterschiede anhand sozialer bzw. soziodemografischer Kriterien. Auffällig ist, dass besonders die schwächste Einkommensgruppe deutlich unzufriedener ist: Nur knapp ein Drittel des letzten Einkommensviertels<sup>11</sup> zeigt sich mit der Demokratie zufrieden, während dieser Wert in allen anderen Einkommensgruppen um 50% liegt (

Tabelle 3). Wer weniger verdient, ist also deutlich weniger mit der Demokratie in Österreich zufrieden.

---

<sup>11</sup> Einkommensviertel bzw. Quartile unterteilen die Einkommensverteilung in vier gleich große Teile. Das erste Viertel umfasst jene 25% der Bevölkerung mit den geringsten Einkommen.

Auch Menschen mit sehr großen Vermögen<sup>12</sup> (Top 10% der Befragung, Selbsteinschätzung) sind zufriedener mit der Demokratie (55% vs. 46%,  $p < 0,1$ ). Neben Unterschieden in der Einkommens- und Vermögenssituation sind Befragte mit höherer Bildung (60% vs. 40%,  $p < 0,1$ ) und Männer (51% vs. 41%) zufriedener als Personen mit geringerer Bildung bzw. Frauen. Diese Unterschiede stehen im Einklang mit Forschungsergebnissen zur Repräsentation und Responsivität gesellschaftlicher und sozialer Gruppen. Menschen, deren Interessen schlechter repräsentiert werden, sind demnach unzufriedener (Elsässer & Schäfer 2023; Gilens 2012; Bartels 2008).

**Tabelle 3: Demokratiezufriedenheit anhand der Einkommensverteilung**

Einkommensgruppe	Zufriedenheit (%)	Mittelwert (8 Kategorien)
1. Viertel	32	3,2
2. Viertel	<b>52</b>	<b>3,9</b>
3. Viertel	<b>52</b>	<b>3,9</b>
4. Viertel	<b>50</b>	<b>3,9</b>

Anmerkung: Statistisch signifikante Mittelwertsunterschiede zum 1. Quartil ( $p < 0,05$ ) sind fett unterlegt.

### 3.1.3 Politische Wirksamkeit

Ein weiteres Element der Forschung zu Demokratiequalität und Repräsentation ist das Konzept der politischen Wirksamkeit (*political efficacy*). Es beschreibt, ob Bürger:innen darauf vertrauen, selbst Einfluss auf den politischen Prozess nehmen zu können. Fehlendes Vertrauen in die persönlichen Gestaltungs- oder Einflussmöglichkeiten kann eine Ursache für den Vertrauensverlust in demokratische Institutionen sein (Prats & Meunier 2021).

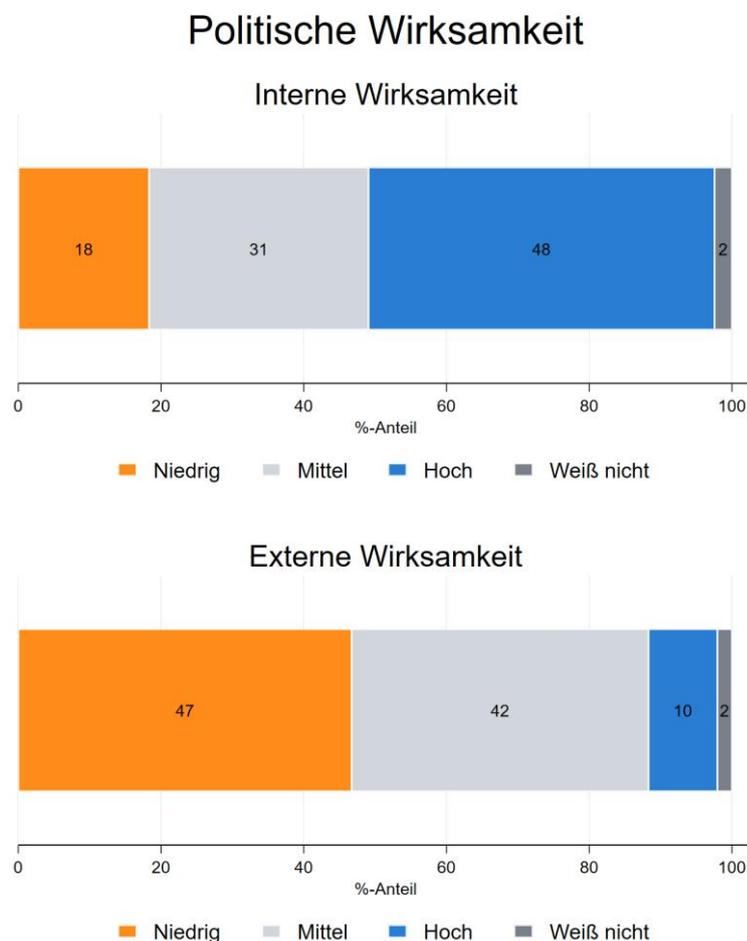
Das Konzept der politischen Wirksamkeit besteht aus zwei Dimensionen. Interne politische Wirksamkeit bezeichnet die Fähigkeit bzw. Kompetenz, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Externe politische Wirksamkeit bezieht sich auf die Bereitschaft des politischen Systems, Anliegen der Bürger:innen wahrzunehmen und zu berücksichtigen (OECD 2022; Prats & Meunier 2021). Für die Messung interner und externer politischer Wirksamkeit wurden jeweils zwei Fragen verwendet, die in der Auswertung zu

<sup>12</sup> Alle Verweise auf die Vermögenssituation der Befragten in diesem Bericht beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten. Aus sprachlichen Gründen wird im Bericht nicht durchgehend darauf verwiesen.

Indikatoren zusammengefasst wurden. Dabei misst je ein Indikator die (mittlere) interne und externe Wirksamkeit (Mittelwert beider Fragen).<sup>13</sup>

In Abbildung 3 ist eine offensichtliche Diskrepanz zwischen der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, sich in den politischen Prozess einzubringen, und der wahrgenommenen Berücksichtigung der eigenen Interessen durch die Politik zu erkennen. Etwa die Hälfte der Befragten (48%) traut sich selbst zu, am politischen Prozess teilzunehmen, und lediglich 18% schätzen ihre eigenen Fähigkeiten als gering ein.

Abbildung 3: Politische Wirksamkeit



Anmerkung: Fragewortlaut s. Fußnote 11.

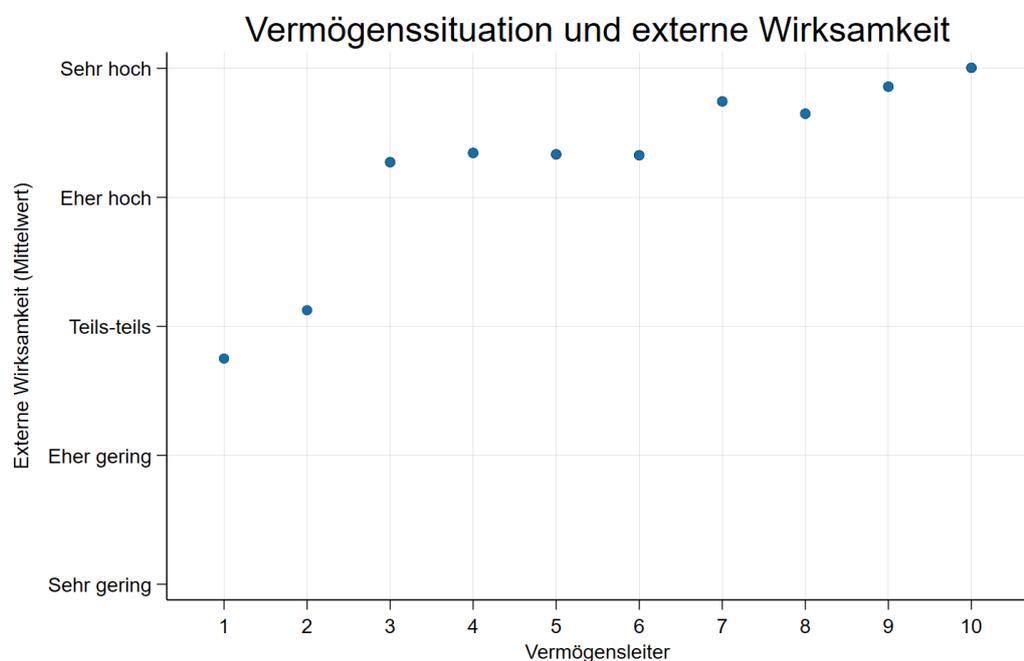
<sup>13</sup> Fragewortlaut: „Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach zutrifft:

Interne Wirksamkeit: (1) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen. (2) Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen. Externe Wirksamkeit: (1) Die Politik kümmert sich darum, was Leute wie ich denken. (2) Die Politik bemüht sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.“

Eine geringe interne Wirksamkeit schreiben sich vor allem Menschen mit niedrigeren Einkommen (1. Viertel: 25% vs. 3. und 4. Viertel 15% bzw. 16%,  $p < 0,05$ ) und niedriger formaler Bildung zu (21% ohne Matura vs. 13% mit Matura,  $p < 0,01$ ). Personen mit den größten Vermögen (Top 10% der Befragten gemäß Selbsteinschätzung) beurteilen ihre Kompetenzen höher als die Restbevölkerung (89% vs. 81%,  $p < 0,05$ ). Während die Mehrheit der Befragten sich in der Lage sieht, am politischen Leben teilzunehmen, sieht nur jede:r Zehnte (10%) die Politik selbst als aufnahmebereit bzw. -fähig an (externe Wirksamkeit). Beinahe die Hälfte der Österreicher:innen (47%) teilt die Ansicht, dass die Politik sich wenig um „Leute wie mich“ oder einen „engen Kontakt zur Bevölkerung“ kümmert.

Die erlebte Distanz der Politik zur Bevölkerung verringert sich mit steigendem Wohlstand. Abbildung 4 verdeutlicht, wie sich die externe Wirksamkeit anhand der Selbsteinstufung auf einer 10-stufigen Vermögensleiter verändert: Die Punkte geben die Mittelwerte der externen Wirksamkeit nach der subjektiven Position auf der Vermögensleiter wieder.

Abbildung 4: Vermögen und externe Wirksamkeit



Anmerkung: Punkte zeigen die Mittelwerte der externen Wirksamkeit anhand der jeweiligen Position auf der Vermögensleiter.

Menschen, die sich auf den beiden untersten Stufen der Leiter befinden (30% der Befragten), sind der Ansicht, dass die Politik sich wenig („eher gering“) um ihresgleichen kümmert. Demgegenüber steigt die wahrgenommene externe Wirksamkeit deutlich für Personen mit mittlerem Vermögen (Stufe 3-6, etwa 60% der Befragten) und ist an der Spitze der Verteilung am höchsten (Stufe 7-10, 10% der Befragten).

Die beiden Variablen korrelieren stark (Pearson's  $r = 0,86$ ,  $p < 0,001$ ). Der Unterschied zwischen der Gruppe mit dem geringsten und jener mit dem größten Vermögen beträgt (im Mittel) zwei Skalenpunkte: Während Österreicher:innen mit wenig bis gar keinem Vermögen ihre externe Wirksamkeit als (eher) gering einschätzen, sehen Personen aus der Gruppe mit dem größten Vermögen diese als eher hoch an. Die wahrgenommene politische Wirksamkeit definiert sich demnach sehr stark anhand sozialer Merkmale.

### **3.1.4 Politische Beteiligung und Repräsentation**

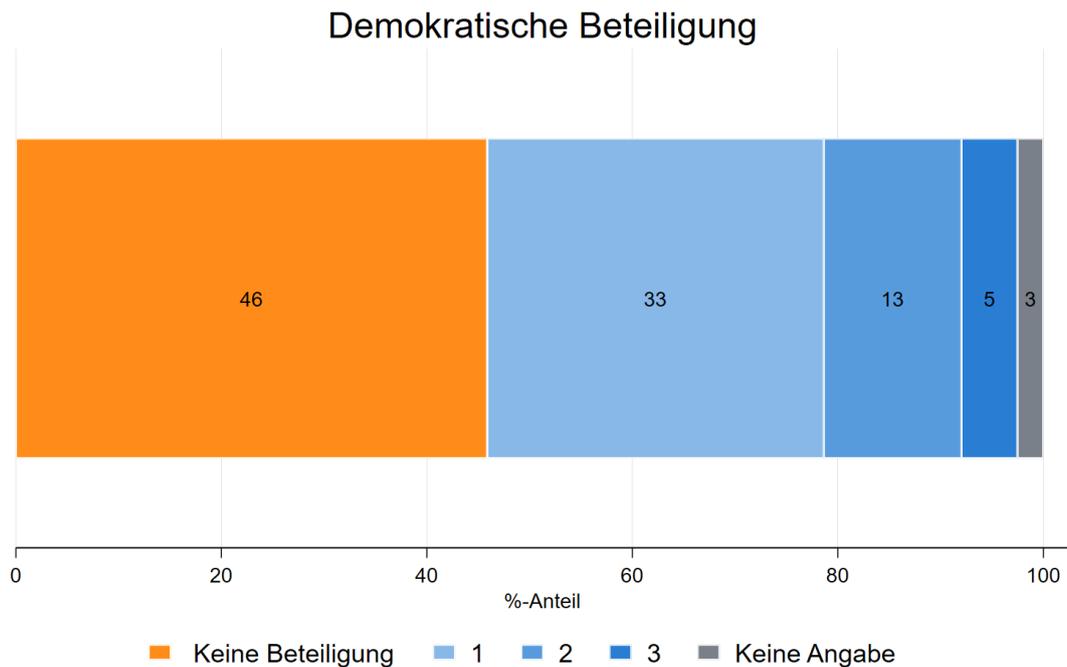
Politische Beteiligung umfasst alle Aktivitäten von Bürger:innen, die Politik beeinflussen können. Dies beinhaltet institutionalisierte Beteiligungsformen wie die Teilnahme an Wahlen, aber auch politisches Engagement in Parteien, Vereinen und der unmittelbaren sozialen Umgebung (van Deth 2021). Das gelebte Ausmaß an politischer Partizipation bildet einen weiteren Indikator für die Qualität demokratischer Systeme (Verba & Nie 1972).

Zur Messung der allgemeinen politischen Beteiligung konnten Befragte fünf verschiedene, teils sehr niederschwellige Betätigungsformen auswählen (Teilnahme an Demonstration, Unterschriftensammlung, Mitarbeit in Partei, Verein oder Bürger:inneninitiative, Engagement für Thema/Person im persönlichen Umkreis, Online-Interaktionen). Die Darstellung in Abbildung 5 fokussiert auf drei klassische Formen politischer Beteiligung (Demonstrationen, Unterschriften, Mitarbeit). Insgesamt hat sich in den der Befragung vorangegangenen sechs Monaten mehr als die Hälfte der Menschen an einer der beschriebenen Formen politisch beteiligt (51%), etwas weniger als die Hälfte tat dies nicht (46%). Ein Drittel (33%) kommt auf eine, jede:r Achte (13%) auf zwei, jede:r Zwanzigste (5%) auf drei Aktivitäten.

Auch dabei zeigen sich soziale und sozioökonomische Unterschiede: Personen mit größeren Vermögen (Stufen 7-10) sind deutlich aktiver als die restliche Bevölkerung (Mittelwert: 1,1 vs. 0,7; %-Anteil Beteiligung: 61% vs. 52%,  $p < 0,01$ ). Auch der Bildungsabschluss beeinflusst die politische Aktivität: 64% der Österreicher:innen mit Matura sind aktiv, während sich nur 48%

mit geringerem Bildungsabschluss beteiligen ( $p < 0,001$ ). Auch Jüngere sind etwas aktiver: Zwei Drittel der unter Dreißigjährigen haben zumindest eine Form politischer Beteiligung in den letzten sechs Monaten genutzt, während der Anteil der Vergleichsgruppe bei 50% liegt ( $p < 0,01$ ).

Abbildung 5: Demokratische Beteiligung



Fragewortlaut: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man sich politisch beteiligen oder sich für ein Anliegen einsetzen kann. Haben Sie in den letzten sechs Monaten ...“

Und wie sieht es mit der Teilnahme am repräsentativen politischen System aus? Um diese Frage zu überprüfen, wurde nach der Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament gefragt, die knapp zwei Wochen vor dem Start der Befragung stattfand.<sup>14</sup> Etwa 67% der Wahlberechtigten gaben an, sicher gewählt zu haben. Der Wert liegt deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung (56%), was sich unter anderem durch Überdeklaration in Umfragen aufgrund von sozialer Erwünschtheit erklären lässt (u. a. Selb & Munzert 2013). Tabelle 4 zeigt, dass Einkommen, Bildung und Alter einen

<sup>14</sup> Fragewortlaut: „Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni gab es viele Bürger:innen, die aus guten Gründen nicht an der Wahl teilnehmen konnten oder wollten. Wie war das bei Ihnen, welche der folgenden Aussagen trifft auf Sie zu?“ (Antwort 5er-Skala: habe nicht gewählt; in Erwägung gezogen...diesmal nicht; normalerweise schon...diesmal nicht; sicher gewählt; nicht wahlberechtigt).

entscheidenden Unterschied bedeuten. Menschen mit Matura (77% vs. 62%, ohne Matura  $p < 0,01$ ) und höheren Einkommen (Q4: 74%, Q3: 71% vs. Q1: 54%,  $p < 0,1$ ) sowie Ältere (30+: 70% vs. U30: 51%,  $p < 0,01$ ) gaben öfter an, bei der Wahl zum Europäischen Parlament ihre Stimme abgegeben zu haben.

**Tabelle 4: Einflüsse auf die Wahlbeteiligung**

Variable	Kategorie	Wahlbeteiligung
Bildung	Keine Matura	62%
	Mind. Matura	77%
Einkommen	1. Viertel (Q1)	54%
	2. Viertel (Q2)	65%
	3. Viertel (Q3)	71%
	4. Viertel (Q4)	74%
Alter	Unter 30	51%
	30+	70%

Anmerkung: Werte zeigen den Anteil der Wahlberechtigten pro Kategorie.

Auch die demokratische Repräsentation verdeutlicht die Demokratiequalität. Dieser Bericht fokussiert auf zwei grundlegende Formen repräsentativer Demokratie: a) die Frage, ob Bürger:innen eine politische Partei benennen können, die ihre Interessen vertritt, und b) die Akzeptanz repräsentativer Entscheidungen durch gewählte Parlamente, die mit direktdemokratischen Formen der politischen Beschlussfassung verglichen wird.

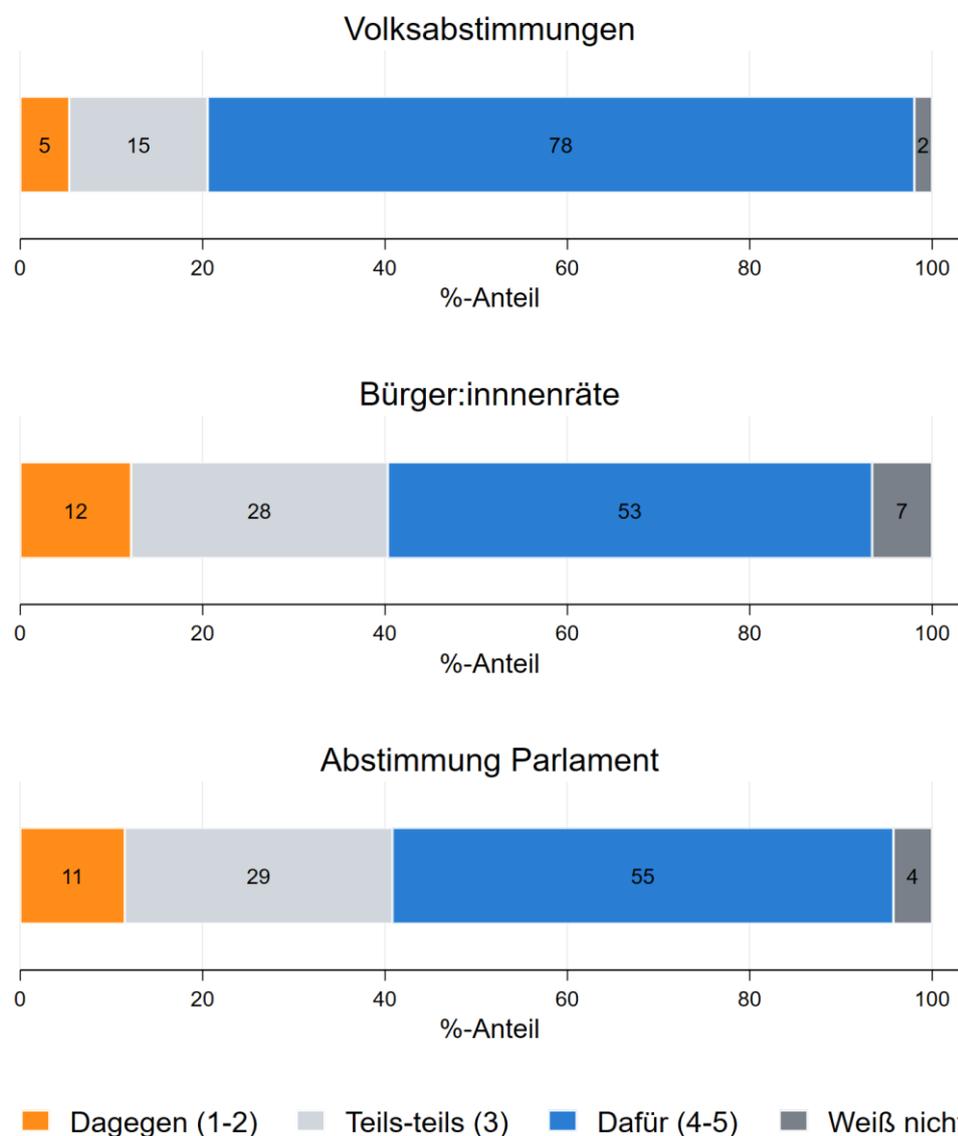
Trotz der bisher offenbarten Unzufriedenheit mit der Demokratie in Österreich und der geringen externen Wirksamkeit kann ein hoher Anteil eine Partei nennen, die ihre Interessen vertritt (77%). Knapp 16% gaben an, dass keine Partei ihre Interessen vertritt, 7% machten keine Angabe. Im Gegensatz zur politischen Beteiligung unterscheiden sich die Befragten bei der parteipolitischen Repräsentation weder in Hinblick auf Bildung noch Wohlstand. Es zeigt sich jedoch, dass Männer (80% vs. 74% Frauen,  $p < 0,05$ ) eher in der Lage sind, eine Partei zu nennen, die ihre Interessen vertritt. Wenig überraschend schlägt sich auch das politische Interesse nieder: Etwa 90% aller sehr Interessierten sind in der Lage, eine Partei zu nennen, die ihre Interessen vertritt, während dies für 52% der gar nicht Interessierten zutrifft ( $p < 0,01$ ).

Um die Akzeptanz verschiedener Formen der Entscheidungsfindung zu prüfen, wurde gefragt, ob bestimmte Instrumente für die demokratische Entscheidungsfindung genutzt werden sollten. Abbildung 6 beruht auf einer Zusammenfassung der Antworten, wobei die Prozentwerte den Anteil der

Zustimmung (sehr dagegen/dagegen – teils-teils – sehr dafür/dafür) für ein Beschlussinstrument ausdrücken. Die Ergebnisse weisen ein sehr hohes Ausmaß an Akzeptanz für direktdemokratische Entscheidungsfindungen aus, dies trifft insbesondere auf Volksabstimmungen zu (78% Zustimmung). Bürger:innenräte (53%) erreichen in etwa gleich viel Zuspruch wie parlamentarische Abstimmungen (55%).

Abbildung 6: Zustimmung zu demokratischen Entscheidungen

## Demokratische Entscheidungen

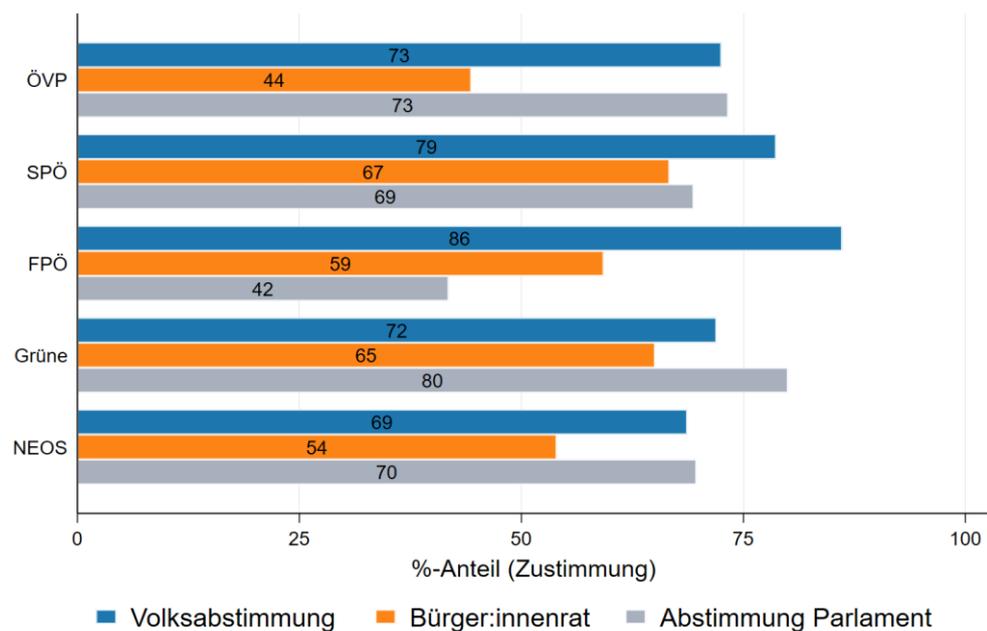


Fragewortlaut: „Sind Sie für oder gegen den Einsatz folgender Verfahren, um demokratische Entscheidungen zu treffen?“

Aus demokratiepolitischer Perspektive ist es interessant, ob es gruppenspezifische Unterschiede in den Zustimmungsraten gibt. Bisher festgestellte soziale und soziodemografische Faktoren wirken sich kaum aus. Jüngere Menschen können sich allerdings etwas stärker für Bürger:innenräte begeistern als ältere. Besonders Menschen ab 70 stehen diesem Instrument kritischer gegenüber: In dieser Gruppe liegt die Zustimmung nur bei 38%, gegenüber 56% der Befragten zwischen 16 und 69 Jahren. Darüber hinaus sehen auch Personen mit größeren Vermögen (Top 10% der Befragung) Bürger:innenräte etwas weniger positiv als der Rest (45% vs. 58% Zustimmung,  $p < 0,1$ ).

Abbildung 7 offenbart deutliche Unterschiede anhand der parteipolitischen Naheverhältnisse.

**Abbildung 7: Demokratische Entscheidungen nach Parlamentsparteien**



Anmerkung: Fragestellung s. Abbildung 6.

Personen mit FPÖ-Nähe sind stärker von Volksabstimmungen eingenommen (86% Zustimmung), wenngleich die Zustimmung auch bei allen anderen Gruppen hoch ist (SPÖ: 79%, ÖVP: 73%, Grüne: 72%, NEOS: 69%). Wer angab, dass die ÖVP am ehesten die eigenen Interessen vertritt, war hingegen

deutlich seltener der Meinung, dass Bürger:innenräte ein geeignetes Mittel der demokratischen Entscheidungsfindung sind (44%). Im Vergleich dazu sind diese bei Sympathisant:innen von SPÖ und Grünen deutlich beliebter (67% bzw. 65% Zustimmung) und werden auch von einer Mehrheit der Personen mit FPÖ- und NEOS-Nähe begrüßt (59% bzw. 54%). Mit Blick auf die im Rahmen der österreichischen Demokratie wichtigste Form der politischen Entscheidungsfindung zeigen sich mit Ausnahme der FPÖ (42%) durchwegs hohe Zustimmungsraten zu parlamentarischen Beschlüssen (Grüne: 80%, ÖVP: 73%, NEOS: 79%, SPÖ: 69%).

Insgesamt zeichnen die Ergebnisse ein widersprüchliches Bild der Demokratiezufriedenheit und Beteiligung. Dabei ist ein hohes Maß an Ungleichheit hinsichtlich der Bewertung von Demokratie, der (wahrgenommenen) persönlichen Kapazitäten und Einflussmöglichkeiten sowie der tatsächlichen Beteiligung augenscheinlich. Wohlstand und Bildung determinieren in einem großen Ausmaß, wie Menschen in Österreich Demokratie wahrnehmen und sich beteiligen. Mit Blick auf die Akzeptanz demokratischer Prozesse erscheint es problematisch, dass weniger als die Hälfte der Personen, die der FPÖ nahestehen, parlamentarische Abstimmungen als geeignetes Mittel der Entscheidungsfindung sehen.

### **3.2 Der Gute Rat für Rückverteilung**

Der Gute Rat für Rückverteilung war weltweit der erste privat finanzierte und organisierte nationale Bürger:innenrat. Das Interesse am Prozess und den Ergebnissen zeigt sich unter anderem an einer großen nationalen<sup>15</sup> und globalen Medienöffentlichkeit. Umso wichtiger ist es zu untersuchen, wie die österreichische Bevölkerung den Guten Rat wahrgenommen hat und seine Arbeit, seine Ergebnisse und seine Legitimität beurteilt. Wenngleich die bisherige Forschung nahelegt, dass staatlich initiierte Bürger:innenräte bevorzugt werden, beruhen bisherige Ergebnisse auf Befragungsexperimenten (Goldberg & Bächtiger 2023).

---

<sup>15</sup> Vgl. Fußnote 6. Ein Überblick über die Medienberichterstattung findet sich auch auf der Internetpräsenz des Guten Rats: <https://guterrat.info/die-ergebnisse/> bzw. <https://guterrat.info/einblicke/> [17.10.2024].

### 3.2.1 Bekanntheit des Guten Rats

Um sicherzustellen, dass nur Befragte, die den Guten Rat für Rückverteilung kennen, in der Auswertung der Fragen zu diesem Thema berücksichtigt werden, wurde explizit erhoben, ob dieser bekannt sei.<sup>16</sup> Von den tausend Befragten gab etwas mehr als die Hälfte an, den Guten Rat zu kennen (51%). Dieser Bekanntheitswert ist insofern bemerkenswert, als auch prominente Politiker:innen oft deutlich geringere Werte erreichen. Eine Umfrage vor den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigte etwa, dass langjährige politische Spitzenfunktionär:innen und Spitzenkandidat:innen weniger als der Hälfte der Befragten bekannt waren.<sup>17</sup>

Die Bekanntheit schwankt in verschiedenen Bevölkerungsgruppen: So konnten 6 von 10 Personen, die angaben, politisch interessiert zu sein, den Guten Rat (61%), während dies bei weniger als einem Drittel der kaum oder gar nicht an Politik Interessierten der Fall war. Ein Mittelwertvergleich (t-Test) zeigt, dass dieser Unterschied statistisch signifikant ist – also auch auf die Grundgesamtheit übertragen werden kann ( $p < 0,001$ ). Ebenso war der Gute Rat Personen mit höherem Bildungsabschluss (mindestens Matura) eher bekannt (63%) als jenen ohne Matura (46%) (t-Test:  $p < 0,001$ ). Zudem kannten ältere Menschen den Guten Rat öfter als jüngere: Während die Bekanntheit bei Personen über 60 Jahren bei 58% liegt, hatten weniger als die Hälfte der Menschen zwischen 16 und 29 Jahren (46%) bzw. zwischen 20 und 44 Jahren (47%) bereits vom Guten Rat gehört.

Um zu prüfen, wie viel die Befragten über den Guten Rat wissen, wurden zwei kurze Aussagen präsentiert, die als „richtig“ oder „falsch“ bewertet werden konnten. Einerseits ging es um die Aufgabe des Guten Rats, die korrekt als „Verteilung des Erbes von Marlene Engelhorn“ bezeichnet wurde. Die zweite Aussage war inhaltlich falsch und besagte, dass die Teilnehmer:innen „von Marlene Engelhorn ausgewählt wurden“. Abbildung 8 zeigt, dass die überwiegende Mehrheit (89%) den Auftrag des Guten Rats kannte, während nur ein Viertel korrekt über die Zusammensetzung informiert war.

Die Wissenslücke zum Auswahlprozess ist insofern bemerkenswert, als die Kommunikation zur Repräsentativität der Auswahl prominent war und in der

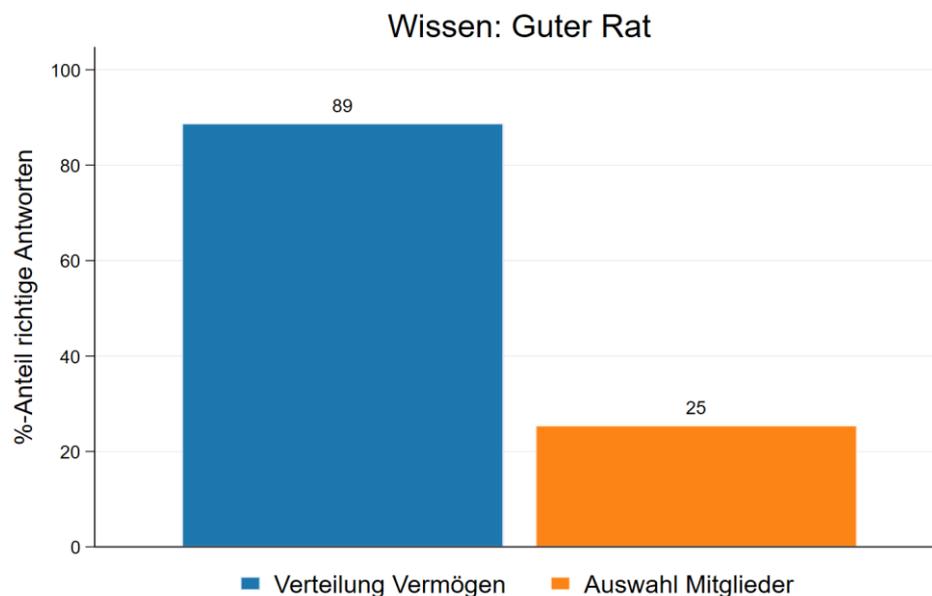
---

<sup>16</sup> Fragewortlaut: „Von März bis Juni 2024 tagte der Gute Rat für Rückverteilung. Dieser Bürger:innenrat wurde von Marlene Engelhorn privat finanziert, um sich mit Fragen der Vermögensverteilung in Österreich zu beschäftigen. Haben Sie vom Guten Rat gehört oder in den Medien darüber gelesen?“

<sup>17</sup> Eine repräsentative Befragung durch das Umfrageinstitut Zielgruppenbüro zeigt, dass 42% der Befragten den SPÖ-Spitzenkandidaten und 38% den ÖVP-Kandidaten kannten: <https://kurier.at/politik/inland/eu-wahl-2024-oesterreich-partei-juni-spitzenkandidaten-kandidaten-europa-wahl/402867299> [08.08.2024]

medialen Berichterstattung aufgegriffen wurde. Darüber hinaus ist dieses Ergebnis relevant, weil die (wahrgenommene) Legitimität von Bürger:innenräten nicht zuletzt dadurch mitbeeinflusst wird, ob die Zusammensetzung als inklusiv und repräsentativ und das Gremium als unabhängig empfunden wird (u. a. Courant 2022; Giraudet et al. 2022; Devaney et al. 2020; OECD 2020; Geißel et al. 2019). Das Ergebnis deutet darauf hin, dass nur eine recht kleine Gruppe über den Auswahlprozess informiert war. Es zeigt sich, dass politisches Interesse keinen Einfluss auf Wissen zum Auswahlprozess hat, während Bildung einen deutlichen Effekt hat: Der Anteil richtiger Antworten steigt um 17% bei Personen mit Matura gegenüber jenen ohne Matura (19% vs. 36%,  $p < 0,01$ ). Umgekehrt waren politisch Interessierte deutlich besser in der Lage, die Wissensfrage zum Auftrag des Guten Rats zu beantworten als politisch nicht Interessierte (79% vs. 91%,  $p < 0,05$ ), während der Bildungshintergrund keinen Unterschied machte.

Abbildung 8: Wissen über den Guten Rat



Anmerkung: Fragewortlaut s. S. 20.

### 3.2.2 Bewertung des Guten Rats

Neben der Bekanntheit des Guten Rats ist interessant, wie die österreichische Bevölkerung seine Arbeit und seine Ergebnisse beurteilt. Zunächst sollte der Gute Rat generell auf einer fünfteiligen Skala (von 1 „eine sehr gute Sache“ bis 5 „sehr schlechte Sache“) bewertet werden. Eine deutliche

Mehrheit (60%) hält den Bürger:innenrat für eine sehr gute (25%) oder gute (35%) Sache. Lediglich 8% sehen darin eine (sehr) schlechte Sache, während etwa 29% unentschieden sind und 4% keine Angabe machten.

Der Durchschnitt aller Bewertungen (Mittelwert = MW) fällt mit 2,2 „gut“ aus. Personen, die über den Guten Rat informiert sind (mindestens eine richtig beantwortete Wissensfrage), bewerteten diesen besser als jene, die weniger über den Beteiligungsprozess informiert sind (2,1 vs. 2,7,  $p < 0.01$ ).

Unterschiede zeigen sich auch anhand der politischen Verortung. Befragte, die der SPÖ oder den Grünen näherstehen (MW: 1,8), bewerteten den Guten Rat besser als jene, die ÖVP (MW: 2,4) oder FPÖ (MW: 2,6) anführten. Personen, die NEOS (MW: 2,2) oder keine Partei (MW: 2,3) nannten, liegen dazwischen. Diese Unterschiede sind plausibel und spiegeln eine gewisse Übereinstimmung mit den Positionen dieser Parteien zu Fragen der Vermögensverteilung und vermögensbezogenen Steuern wider. Auch die Selbsteinstufung auf einer ideologischen Links-rechts-Skala zeigt einen deutlichen und statistisch signifikanten ( $p < 0,01$ ) Zusammenhang: Personen, die sich als links bezeichnen (MW: 2,0), bewerteten den Guten Rat besser als jene, die sich im Zentrum verorten (MW: 2,4) oder sich dem rechten Spektrum (MW: 2,4) zuordnen.<sup>18</sup>

Dieses Ergebnis dürfte auf ein höheres Maß an politischer und thematischer Übereinstimmung zurückzuführen sein. So zeigen bisherige Studien, dass Bürger:innen Beteiligungsverfahren positiver beurteilen, wenn diese die thematischen oder inhaltlichen Vorstellungen oder Präferenzen der Befragten aufgreifen (Goldberg & Bächtiger 2023).

Außerdem konnten Befragte die Botschaften, die Ergebnisse und die Aufteilung der Projektmittel bewerten, die in der abschließenden Pressekonferenz des Guten Rats präsentiert und im Anschluss medial verbreitet und diskutiert wurden (s. Fußnote 7). Dabei wurde jeweils die Zustimmung (von 1 „lehne voll und ganz ab“ bis 5 „stimme voll und ganz zu“) zu den einzelnen Teilbereichen erfragt, wobei höhere Werte größere Zustimmung bedeuten. Abbildung 9 zeigt einen durchwegs positiven Befund. Botschaften (43% Zustimmung), Auswahl (49% Zustimmung) und Aufteilung der Projektmittel (41% Zustimmung) wurden von einer relativen Mehrheit wohlwollend beurteilt.

Die explizite Ablehnung war deutlich geringer (18%, 14% und 16%), während jeweils etwa ein Viertel unentschieden war. Zudem wollte oder konnte sich

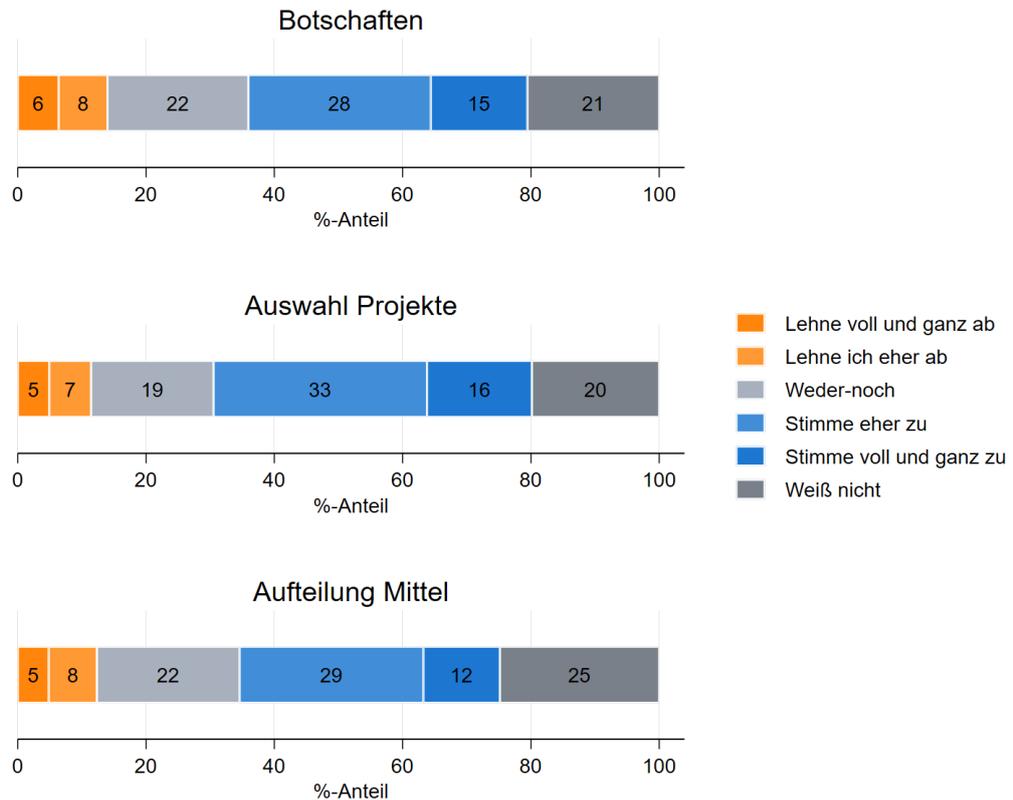
---

<sup>18</sup> Selbsteinstufung auf einer 11-teiligen Skala (0-10): links: 0-4, Mitte: 5, rechts: 6-10.

zu den Botschaften sowie der Auswahl der Projekte jeweils ein Fünftel bzw. zur Aufteilung der Mittel ein Viertel der Befragten nicht deklarieren.

Abbildung 9: Ergebnisse des Guten Rats

## Beurteilung Guter Rat

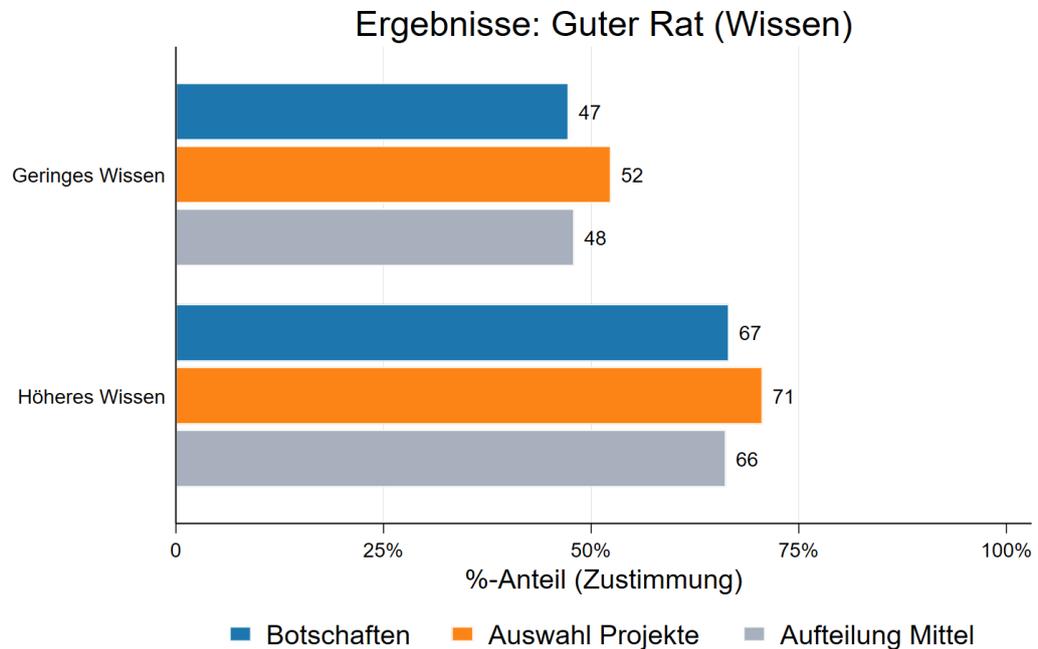


Fragewortlaut (CAWI): „Was halten Sie persönlich von den Ergebnissen des Bürger:innenrats – a) den Botschaften zur Vermögensverteilung; b) der Auswahl der unterstützten Projekte; c) der Aufteilung der Projektmittel?“

Jene, die besser über den Guten Rat informiert sind, bewerteten die Ergebnisse deutlich positiver. Abbildung 10 fasst den Anteil der Zustimmung zusammen („stimme eher zu“, „stimme voll und ganz zu“) und vergleicht ihn mit dem Anteil ablehnender oder ambivalenter Aussagen („weder – noch“). „Weiß nicht“-Antworten werden nicht berücksichtigt.

Befragte, die besser über den Guten Rat informiert sind, beurteilten die Botschaften (+20%,  $p < 0,10$ ), die Projektauswahl (+25%,  $p < 0,05$ ) und die Verteilung der Mittel (+24%,  $p < 0,05$ ) durchwegs positiv, während weniger als die Hälfte der Befragten mit geringerem Wissensstand zum Bürger:innenrat mit den Ergebnissen einverstanden war.

Abbildung 10: Ergebnisse des Guten Rats nach Wissensstand

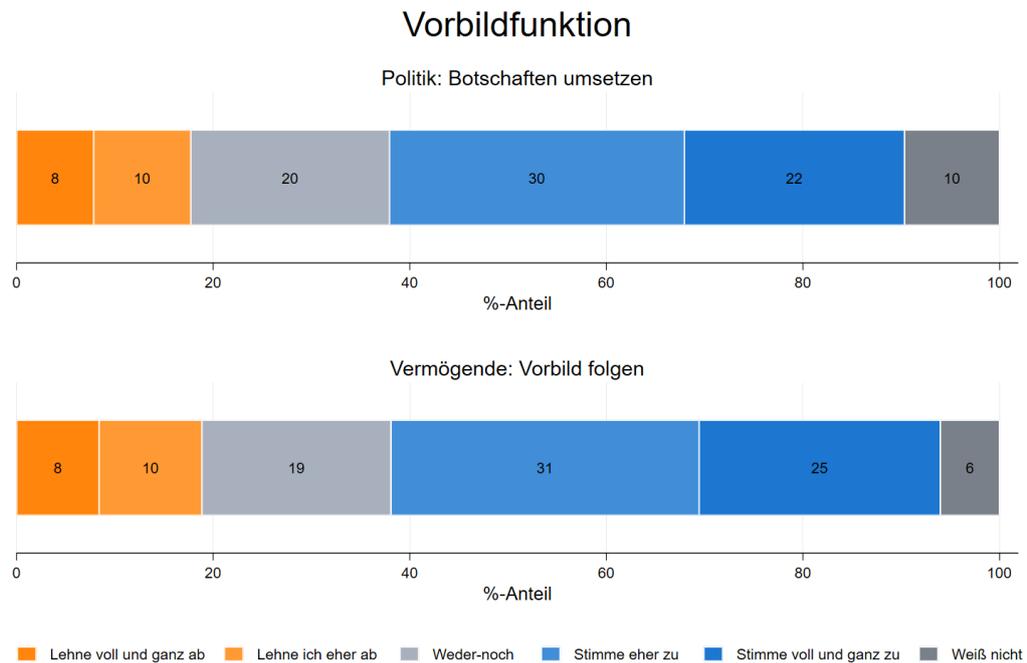


Anmerkung: Fragewortlaut s. Abbildung 9.

Ein ähnliches Stimmungsbild zeigen Fragen zur Vorbildfunktion des Guten Rats. Hier wurde mit derselben Antwortskala gefragt, ob die Politik die Botschaften des Bürger:innenrats umsetzen soll bzw. ob andere Wohlhabende dem Vorbild Marlene Engelhorns folgen sollten. Da diese Fragen nur online gestellt wurden, verringert sich die Fallzahl, wodurch keine Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit möglich sind.

Jeweils etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52%) sprachen sich für eine politische Umsetzung der Botschaften aus und sahen im Guten Rat für Rückverteilung ein Modell, das andere Personen mit großen Vermögen nachahmen sollten (56%).

Abbildung 11: Vorbildfunktion des Guten Rats

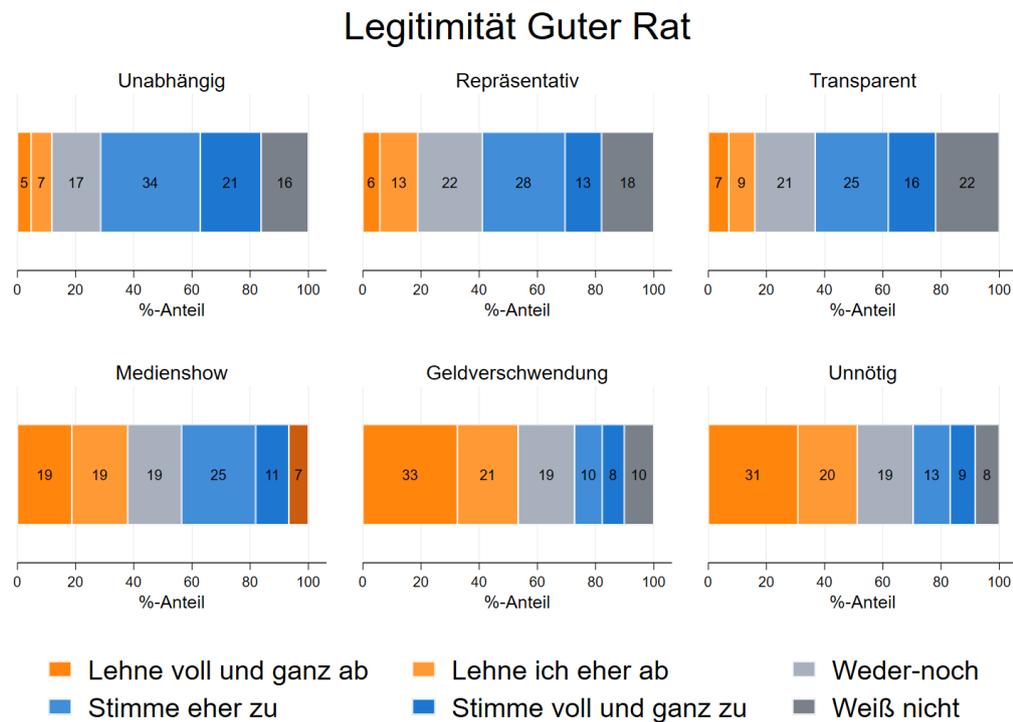


Fragewortlaut (CAWI): „Stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Guten Rat zu? a) Die Politik sollte die Botschaften des Guten Rats umsetzen; b) mehr Reiche sollten dem Vorbild des Guten Rats folgen und ihr Vermögen mit einem Bürger:innenrat verteilen.“ Frage wurde ausschließlich online gestellt (n = 310).

Ein wesentliches Element der Beurteilung von Beteiligungsprozessen ist die wahrgenommene Legitimität. Um diesen Aspekt abzubilden, wurde in Anlehnung an bisherige Forschung (u. a. Már & Gastil 2023; van Dijk et al. 2023) eine Serie von Fragen gestellt, die messen, ob der Gute Rat als a) unabhängig, b) repräsentativ, c) transparent, d) Medienshow, e) Geldverschwendung bzw. f) unnötig eingestuft wurde. Diese Fragen sind aufgrund der privaten Finanzierung und Organisation besonders relevant.

Mehr als die Hälfte der Befragten sahen den Guten Rat als unabhängig (55%), nur 12% lehnten diese Zuschreibung ab. Etwa vier von zehn Österreicher:innen bezeichneten den Bürger:innenrat als repräsentativ (41%), 19% stellten dies in Abrede. Der Aspekt Transparenz erhielt vergleichbare Zustimmungswerte (41% bzw. 18%). Demgegenüber sah etwa ein Drittel den Guten Rat als Medienshow (36%), eine etwas größere Gruppe lehnte diese Aussage ab (38%). Lediglich 18% betrachteten ihn als Geldverschwendung (54% Ablehnung) und weniger als ein Viertel (22%) fanden ihn unnötig (51% stimmten dem nicht zu).

Abbildung 12: Legitimität des Guten Rats



Fragewortlaut (CAWI): „Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage zum Guten Rat Ihrer Meinung nach zutrifft. Der Gute Rat war ...“

Einige Studien konnten Unterschiede in der Wahrnehmung von Bürger:innenräten feststellen. So bewerteten unter anderem Personen, die weniger zufrieden mit der Demokratie sind, sowie Gruppen, deren Interessen oft schlechter repräsentiert werden, deliberative Beteiligungsformen positiver (Pilet et al. 2024; 2023; Már & Gastil 2023; Germann et al. 2022; Towfigh et al. 2016). Um diesen Zusammenhang zu testen, wurden zunächst die sechs Bewertungen der Legitimität zu einem Index zusammengefasst. Positive Werte stehen dabei für eine wohlwollende Beurteilung, negative Werte weisen auf eine kritische Einstufung hin.<sup>19</sup>

Die Analysen bestätigen frühere Ergebnisse hinsichtlich der Bewertung des Guten Rats nicht. Wer weniger zufrieden mit der Demokratie ist (MW: 0), bewertete den Bürger:innenrat neutral, während Personen mit mittlerer (MW: 0,6,  $p < 0,05$ ) und hoher (MW: 1,4,  $p < 0,01$ ) Zufriedenheit ihn (deutlich)

<sup>19</sup> Dabei wird die Summe der drei negativen Bewertungen von der Summe der positiven Bewertungen subtrahiert, wobei beide Werte zuvor durch die Anzahl der Fragen (3) dividiert werden. Die Werte reichen von -4 (durchwegs kritische Beurteilung der Legitimität) bis +4 (durchwegs positives Urteil). Der Legitimitätsindex korreliert stark mit der generellen Bewertung des Guten Rats (Pearson's  $r=0,7$ ,  $p < 0,01$ ).

positiver einstufen. Wer seine eigenen Kompetenzen, am politischen Geschehen mitzuwirken, gering einschätzt (MW: 0,5), sah den Guten Rat ebenfalls weniger positiv als Personen mit höherer interner politischer Wirksamkeit (MW: 1,  $p < 0,05$ ).

Im Gegensatz zu bisher untersuchten Beteiligungsverfahren sahen Menschen aus privilegierten Bevölkerungsgruppen den Guten Rat teils positiver. Dies betrifft einkommensstärkere Haushalte (obere Hälfte vs. untere Hälfte: 1,1 vs. 0,7,  $p < 0,05$ ) und Menschen mit höherer formaler Bildung (mit/ohne Matura: 1,5 vs. 0,6,  $p < 0,01$ ). Statistisch signifikante Unterschiede finden sich, wie in der generellen Bewertung des Guten Rats, zudem für Personen, die besser über den Guten Rat informiert sind (MW: 1,0 vs. 0,2,  $p < 0,05$ ), und je nach politischer Orientierung: Personen, die sich selbst eher als links einstufen, bewerteten die Legitimität höher als Personen, die sich eher im Zentrum oder in der rechten Hälfte des politischen Spektrums einordnen (MW: 1,5 (L) vs. 0,5 (M) vs. 0,5 (R),  $p < 0,001$ ).

In Summe hat der Gute Rat für Rückverteilung ein hohes Maß an Bekanntheit erreicht. Eine relative Mehrheit der Befragten, die den Bürger:innenrat kannte, unterstützt seine Ergebnisse und Botschaften. Unterschiede in der Beurteilung hängen teils deutlich vom Kenntnisstand und der politischen Orientierung der Befragten ab. Informierte Personen und solche, die eher linken Parteien (SPÖ, Grüne) nahestehen oder sich selbst als links einstufen, bewerten den Guten Rat durchwegs besser. Darüber hinaus zeigt sich, dass tendenziell privilegierte Gruppen den Guten Rat positiver wahrgenommen haben.

Im Kontext der internationalen Forschung zur Wahrnehmung und Legitimität von deliberativen Beteiligungsprozessen erscheint es interessant, dass trotz fehlender Anbindung an das politische System und die private Auftraggeberin eine überwiegend positive Gesamteinschätzung des Guten Rats für Rückverteilung vorliegt und eine relative Mehrheit die Ergebnisse und Legitimität des Bürger:innenrats positiv bewertet. Darüber hinaus überraschen Unterschiede hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit sowie der Einkommenssituation, der Bildung und des Alters, die von bisherigen Forschungsergebnissen abweichen (Pilet et al. 2024, 2023; Goldberg & Bächtiger 2023; Már & Gastil 2023; Pow 2023).

### 3.3 Vermögensverteilung

Bürger:innenräte können durch das Anstoßen öffentlicher Debatten den Wissensstand der Bevölkerung vergrößern und zur Meinungsbildung beitragen (u. a. Suiter et al. 2021; Geißel et al. 2017). Forschungsergebnisse belegen, dass sich individuelle Präferenzen und Einstellungen durch die Auseinandersetzung mit Evidenz zu Vermögensverteilung und Ungleichheit verändern können (McCall et al. 2017; Kuziemko et al. 2015). Dieser Bericht kann keine Aussagen über Wissenszuwächse und Meinungsbildungsprozesse der Befragten liefern, diese Themen jedoch allgemein vor dem Hintergrund der Bekanntheit des Guten Rats und in Hinblick auf soziodemografische und soziale Unterschiede analysieren.

#### 3.3.1 Vermögensanteil des reichsten Prozents

Die Messung von Einkommens- und Vermögensverteilung ist komplex und Inhalt wissenschaftlicher Auseinandersetzungen (u. a. Jensen & van Keersbergen 2017: Kapitel 4). Während zahlreiche Erhebungen ein hohes Ausmaß an Vermögenskonzentration in Österreich feststellen, weichen Messinstrumente und Schätzverfahren teils deutlich voneinander ab. Daher ist es wenig überraschend, dass Bürger:innen oft falsche Informationen über die Verteilung von Einkommen und Vermögen und ihre persönliche ökonomische Situation haben, die sich in widersprüchlichen Einstellungen zu Vermögensverteilung oder Besteuerung niederschlagen können (Bublitz 2020; Gimpelson & Treismann 2018).

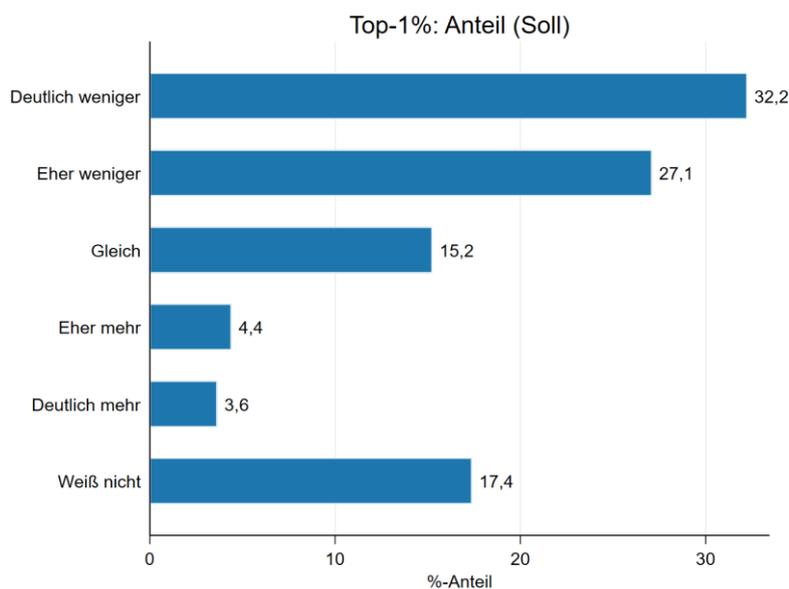
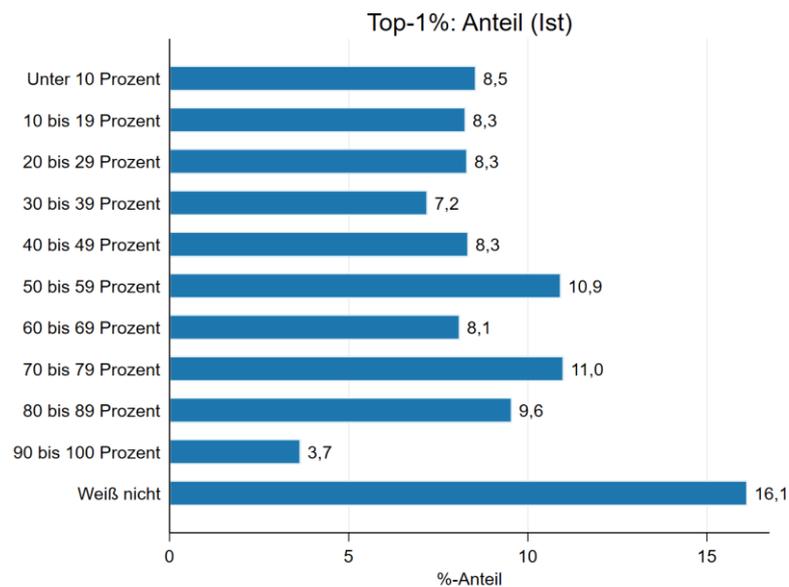
Zudem wird der Vermögensanteil der wohlhabendsten Einkommensgruppen tendenziell unterschätzt, weil diese in Datenerhebungen stark unterrepräsentiert sind (Kennickel et al. 2022; Ferschli et al. 2017). Unter Berücksichtigung dieser Abweichungen liegt der Vermögensanteil des reichsten Prozent der österreichischen Bevölkerung laut statistischen Schätzungen zwischen 40 und 50% des Gesamtvermögens (Kennickel et al. 2022; Fessler et al. 2021).

Zur Beurteilung des Wissens über die Vermögenskonzentration sollten die Befragten den Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen schätzen. Antwortkategorien wurden in 10-Prozent-Schritten vorgegeben, um eine grobe Einschätzung zu erhalten. Anschließend wurde gefragt, ob dieser Anteil mehr oder weniger hoch sein oder gleichbleiben sollte.

Die Ergebnisse in Abbildung 13 (obere Grafik) verdeutlichen, dass es kein eindeutiges Bild zur Vermögensverteilung gibt. Die Antwortkategorien sind (mit Ausnahme der Kategorie 90-100%) annähernd gleich verteilt, der größte Einzelwert entfällt auf die „weiß nicht“-Kategorie.

Abbildung 13: Vermögensanteil Top 1%

### Top-1%-Anteil Vermögensverteilung



Fragewortlaut: (1) „Was schätzen Sie: Wie viel Vermögen hat das reichste 1% der Haushalte in Österreich?“ (2) „Und wie viel SOLLTE das reichste 1% der Haushalte am österreichischen Gesamtvermögen besitzen?“

Ein Großteil der österreichischen Bevölkerung weiß demnach wenig über die Vermögenskonzentration. (Starke) Lerneffekte durch die mediale Aufmerksamkeit für dieses Thema im Zuge des Guten Rats sind nicht absehbar. Mit Blick auf die untere Abbildung wird deutlich, dass trotz starker Abweichungen und Fehleinschätzungen mehr als 70% der Befragten die Meinung vertreten, dass das reichste Prozent (deutlich) weniger besitzen sollte.

Können Österreicher:innen, die über den Guten Rat informiert sind, die Vermögensanteile besser beurteilen? Um diese Frage zu beantworten, wurden die Antworten ausgehend von der (Schwankung der) korrekten Verteilung grob in drei Kategorien zusammengefasst: Befragte, die den Anteil des vermögendsten 1% unterschätzen (Anteil < 30%), annähernd korrekt beurteilen (30-59%) oder überschätzen (> 60%). Der Vergleich zeigt, dass sich die Kenntnis des Guten Rats nicht auf die korrekte Einschätzung auswirkt. Der Anteil, der in die korrekte Bandbreite fällt, ist für beide Gruppen nahezu identisch.

**Tabelle 5: Kenntnis Guter Rat und Einschätzung des Vermögensanteils**

Schätzung Anteil Top 1%	Kenntnis Guter Rat (%-Anteil)		
	Ja	Nein	Differenz
Zu niedrig	28	32	-4
Korrekt	31	32	-1
Zu hoch	41	36	+5

Die Einschätzung des Top-1%-Vermögensanteils schlägt sich allerdings darauf nieder, ob Befragte der Meinung sind, dass dieser Anteil geringer, gleich oder höher ausfallen sollte. Tabelle 6 zeigt, dass etwa die Hälfte der Befragten, die den Anteil des vermögendsten 1% unterschätzen (Anteil < 30%), der Meinung ist, dass dieser reduziert werden sollte. Bei Personen, die eine annähernd korrekte Einschätzung vornehmen (30-59%) sind 73% dieser Meinung, bei jenen, die den Anteil überschätzen (> 60%) sind es 85%. Die Ergebnisse belegen somit einen Zusammenhang zwischen Einschätzungen und Präferenzen (Elkjaer et al. 2022; Gimpelson & Treismann 2018).<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Die Variablen korrelieren moderat (Pearson's  $r = -0,33$ ,  $p < 0.001$ ), ein Chi-Quadrat-Test beider Variablen weist ebenfalls einen signifikanten Zusammenhang aus ( $\chi^2: 164,8$ ,  $p < 0.001$ ).

**Tabelle 6: Auswirkung der Einschätzung des Vermögensanteils**

Anteil Top 1% sollte sein:	Schätzung Anteil Top 1%		
	Zu niedrig	Korrekt	Zu hoch
Geringer	50	67	81
Gleich	23	19	8
Höher	18	5	4
Weiß nicht	10	10	7

### 3.3.2 Einstellung zur Vermögensverteilung

Die allgemeine Beurteilung der Vermögensverteilung in Österreich war ein Selektionskriterium für die Teilnahme am Guten Rat. Mit Hilfe dieser Frage wurde sichergestellt, dass die Verteilung der Meinungen im Guten Rat mit jener der österreichischen Bevölkerung übereinstimmt. Die Dokumentation des Auswahlprozesses zeigt, dass dies sehr gut gelungen ist (Haselmayer 2024). Dieser Befund wird durch die aktuelle Befragung bestärkt: 68% der Österreicher:innen halten die Vermögensverteilung für ungerecht, 27% finden sie gerecht, knapp 5% haben sich nicht deklariert.

Die Beurteilung der Vermögensverteilung hängt vom eigenen Einkommens- bzw. Wohlstandsniveau ab. Personen aus der unteren Einkommenshälfte bewerteten die Verteilung der Vermögen als ungerechter als jene aus der oberen Einkommenshälfte (Mittelwert 2,9 vs. 3 auf der 4-teiligen Skala von 1 = „sehr ungerecht“ bis 4 = „sehr gerecht“,  $p < 0,1$ ). Tabelle 7 zeigt darüber hinaus, dass Befragte bei steigendem Einkommen die Vermögensverteilung als weniger ungerecht sahen. Die Unterschiede über die Einkommensquartile fallen jedoch eher gering aus. In jeder Einkommensgruppe war zumindest eine Zweidrittelmehrheit der Ansicht, die Verteilung der Vermögen sei (sehr) ungerecht.

Die subjektive Vermögensposition korreliert ebenfalls sehr stark mit der Beurteilung der Vermögensverteilung (Pearson's  $r = 0,82$ ,  $p < 0,01$ ). Wer sich auf der untersten Sprosse der Vermögensleiter verortete, beurteilte die Verteilung im Schnitt als ungerecht (MW: 3,3), Personen an der Spitze der Leiter sahen diese als gerecht an (MW: 2). Daneben zeigt sich, dass Menschen mit niedrigerer formaler Bildung die Vermögensverteilung als etwas ungerechter bewerteten als Menschen mit höherer Bildung (73% vs. 68%; MW: 3,0 vs. 2,8,  $p < 0,01$ ).

Tabelle 7: Einkommen und Verteilungsgerechtigkeit

Quartil	Verteilung ungerecht %-Anteil	Verteilung un- gerecht Mittelwert (1-4)
1	76%	3,1
2	71%	3,0
3	71%	2,9
4	69%	2,9

Fragewortlaut: „Was denken Sie: Wie ist Vermögen in Österreich aktuell verteilt? Vermögen umfasst zum Beispiel Immobilien, Bargeld, Spareinlagen, Aktien und Wertpapiere, Schmuck, Sammlungen etc.“ Ohne „weiß nicht“.

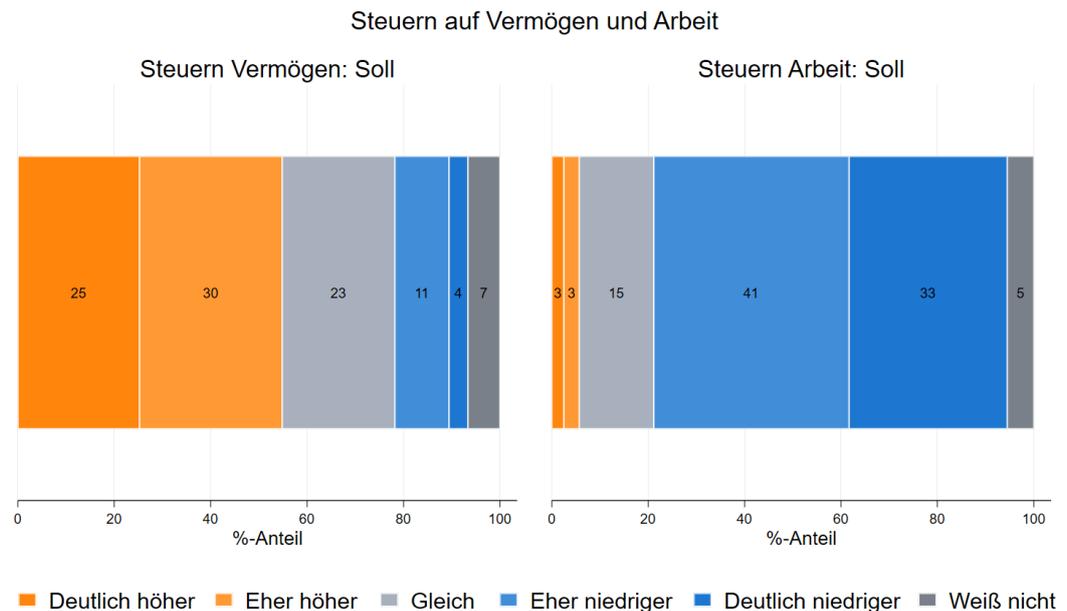
### 3.3.3 Steuern auf Vermögen und Arbeit

Neben der allgemeinen Einschätzung der Vermögensverteilung wurden Fragen zur Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie zur Besteuerung von Arbeit und Vermögen gestellt. Abbildung 14 verdeutlicht, dass etwa 40% der Befragten der Meinung waren, dass Vermögen (sehr) gering besteuert wird, während über 80% die Steuerlast auf Arbeit als (sehr) hoch ansahen.

Vermögensbezogene Steuern betragen in Österreich mit 0,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ein Drittel des OECD-Durchschnitts (1,9% des BIP; OECD 2023). Dahingegen hat Österreich die dritthöchste Abgabenquote auf Arbeit aller OECD-Staaten (OECD 2024). Dieser Befund schlägt sich auch in der Befragung nieder. Wenig überraschend würden 60% höhere Steuern auf Vermögen begrüßen, 80% waren der Ansicht, die Abgaben auf Arbeit sollten niedriger sein.

Die Beurteilung der derzeitigen Steuern auf Arbeit korreliert wenig überraschend mit der bevorzugten Besteuerung von Arbeit ( $r = -0,5$ ,  $p < 0,01$ ), die Bewertung der Vermögenssteuern schlägt sich auf deren Soll-Besteuerung nieder ( $r = -0,4$ ,  $p < 0,01$ ): Wer der Meinung ist, dass die Steuern auf Arbeit hoch sind, möchte diese eher senken, wer der Ansicht ist, Österreich hätte niedrige Vermögenssteuern, ist eher dafür, diese zu erhöhen.

Abbildung 14: Steuerbelastung auf Vermögen und Arbeit



Fragewortlaut: „Was denken Sie, wie besteuert der österreichische Staat Vermögen bzw. Arbeit im internationalen Vergleich?“ „Und wie **sollte** der österreichische Staat Vermögen bzw. Arbeit besteuern?“

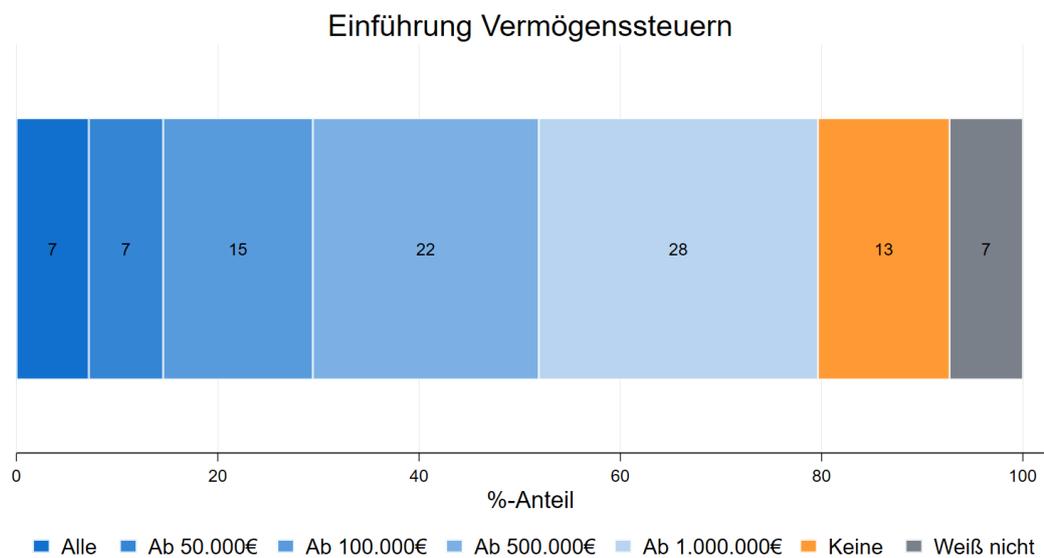
Die derzeitige und gewünschte Besteuerung der anderen Steuergruppe steht hingegen in keinem direkten Zusammenhang (Arbeit bzw. Vermögen:  $r = -0,05$  bzw.  $r=0,04$ ). Befragte mit Matura schätzten die Steuern auf Vermögen als noch etwas niedriger ein als jene ohne Matura (MW: 3,2 vs. 3,0,  $p < 0,05$ ) und wünschten sich dementsprechend auch öfter (deutlich) höhere Vermögenssteuern (MW: 2,2 vs. 2,4,  $p < 0,01$ ). Menschen mit höheren Einkommen waren im Vergleich mit Befragten des niedrigsten Einkommensviertels eher der Meinung, dass Steuern auf Arbeit zu hoch sind (MW: 3,7-4 vs. 4,2-4,1,  $p < 0,05$ ) und gesenkt werden sollten (MW: 1,9-1,8 vs. 1,7-1,7,  $p < 0,05$ ).

Demgegenüber schlägt sich hohes Vermögen nur auf die bevorzugten Soll-Steuern nieder: Befragte mit den höchsten Vermögen (Stufen 8-10 der Vermögensleiter) waren weniger der Meinung, dass diese erhöht werden sollten, als die Vergleichsgruppe (MW: 4,1 vs. 3,5,  $p < 0,01$ ). Es gibt jedoch keine Unterschiede zwischen den Vermögensgruppen hinsichtlich der Einschätzung, dass Steuern auf Vermögen (sehr) niedrig sind (MW: 1,8 für beide Gruppen).

### 3.3.4 Vermögensbezogene Steuern

Hinsichtlich konkreter Besteuerungsvorschläge zeigen Abbildung 15 und Abbildung 16 deutliche Mehrheiten für die Einführung vermögensbezogener Steuern. 79% der Österreicher:innen sprechen sich für die Einführung von Vermögenssteuern aus, wobei etwa die Hälfte (51%) Freibeträge unter 1 Million Euro bevorzugen würde.

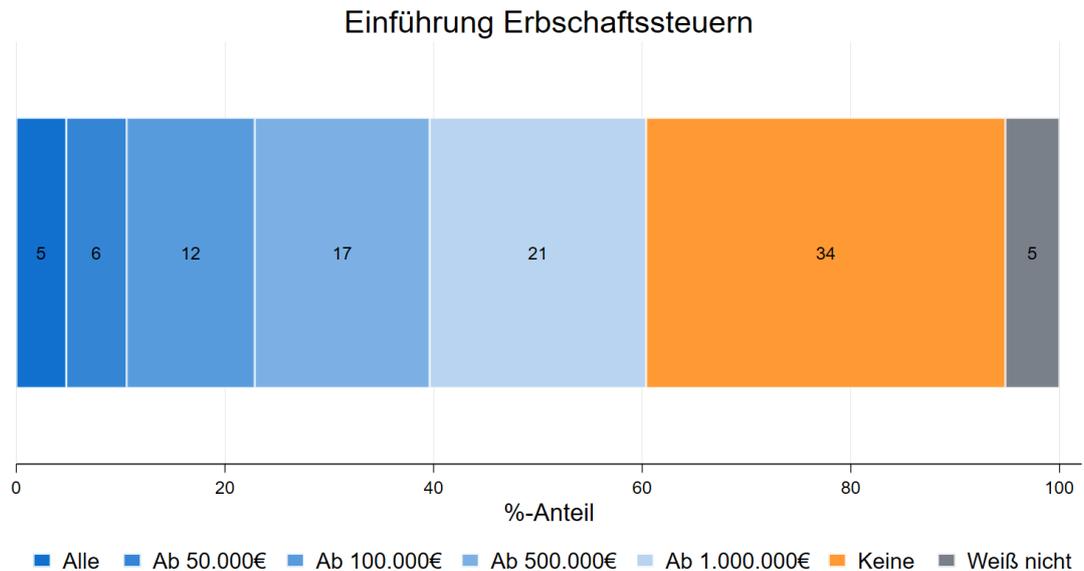
Abbildung 15: Einführung von Vermögenssteuern



Fragewortlaut: „In der Politik werden unterschiedliche Ideen zum Thema Vermögenssteuern diskutiert. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – welchen würden Sie für gut halten? a) Alle Vermögen sollen besteuert werden; Vermögen sollen ab b) 50.000, c) 100.000, d) 500.000, e) 1.000.000 € besteuert werden; f) Vermögen sollen nicht besteuert werden.“

Lediglich jede:r achte Befragte lehnt Vermögenssteuern generell ab. Sechs von zehn Österreicher:innen (61%) sind für die Einführung von Erbschaftssteuern, wobei Modelle mit höheren Freigrenzen mehr Zustimmung aufweisen (21% ab 1 Million, 17% ab 500.000 Euro). Etwa ein Drittel der Befragten lehnt Erbschaftssteuern gänzlich ab.

Abbildung 16: Einführung von Erbschaftssteuern



Fragewortlaut: „In der Politik werden unterschiedliche Ideen zum Thema Erbschaftssteuern diskutiert. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – welchen würden Sie für gut halten? a) Alle Erbschaften sollen besteuert werden; Erbschaften sollen ab b) 50.000, c) 100.000, d) 500.000, e) 1.000.000 € besteuert werden; f) Erbschaften sollen nicht besteuert werden.“

Die eigene Einkommens- und Vermögenssituation wirkt sich kaum auf die Zustimmung zur Einführung vermögensbezogener Steuern aus (Einkommensviertel, Position auf der Vermögensleiter). Auch soziodemografische Faktoren sind wenig einflussreich (Geschlecht, Alter, Beruf). Allerdings befürworteten Personen mit höherer Bildung (Matura) die Einführung von Erbschaftssteuern eher als solche ohne Matura (t-Test: 71% vs. 60%,  $p < 0,01$ ).

Darüber hinaus zeigen sich erwartbare Unterschiede anhand der politischen Selbsteinschätzung: So befürworteten Personen, die sich als links einstufen, Vermögenssteuern (94%) und Erbschaftssteuern (82%) deutlich öfter als jene, die sich rechts (80% bzw. 51%,  $p < 0,001$ ) bzw. in der Mitte des politischen Spektrums verorten (86% bzw. 59%,  $p < 0,01$ ).

Dieser Abschnitt veranschaulicht, dass Wissen über die Vermögensverteilung die Einstellungen dazu beeinflusst. Eine deutliche Mehrheit nimmt die Vermögensverteilung in Österreich als ungerecht wahr. Der größte Teil der

Befragten sieht die bestehende Verteilung der Steuerlast auf Arbeit zu hoch und jene auf Vermögen zu gering und würde sich Anpassungen wünschen.

Analog zu früheren Befragungen liegt zudem ein klarer Befund zu konkreten Vorschlägen der Vermögensbesteuerung vor: Mehr als drei Viertel der Befragten befürworten die Einführung von Vermögenssteuern, etwa 60% sind für die Besteuerung von Erbschaften. Dieses Ergebnis ist eindeutig. Konstante Mehrheiten über politische Einstufungen und parteipolitische Naheverhältnisse hinweg stehen in starkem Widerspruch zur politischen Angebotslage.<sup>21</sup>

### 3.3.5 Heuristiken der Vermögensverteilung

Menschen nutzen unterschiedliche Erklärungsmuster, um festzulegen, welche Kriterien über ökonomischen Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Die Forschung unterscheidet dabei zwischen „dispositionellen“ und „situationellen“ Faktoren (Skitka et al. 2002). Dispositionelle oder meritokratische Erklärungen betonen individuelle Merkmale wie Fleiß und besondere Fähigkeiten. Situationelle Charakteristiken sind kontextbedingt und betonen den familiären Hintergrund oder Glück. Beide Varianten sind normativ aufgeladen: Ungleichheit wird eher als „gerecht“ bzw. Reichtum als „verdient“ wahrgenommen, wenn dispositionelle bzw. meritokratische Erklärungen dominieren, während Ungerechtigkeit empfunden wird, wenn Vermögensunterschiede situationellen Faktoren zugeschrieben werden (Alessina & Angeletos 2005).

Entsprechend dieser Logik sollten die Befragten auf einer 7-teiligen Skala angeben, wie wichtig ihrer Einschätzung nach dispositionelle (Bildung, harte Arbeit) und situationelle (Familie, Glück) Faktoren für das Vorankommen im Leben sind, wobei höhere Werte größere Zustimmung bedeuten. Tabelle 8 offenbart interessante und teils widersprüchliche Einblicke in die Heuristiken der Befragten. Mit Bildung (85% Zustimmung, MW: 5,6) und harter Arbeit (72%, MW: 5,1) sind dispositionelle Faktoren am wichtigsten. Auch Glück (69%, MW: 5) und die familiäre Herkunft (54%, MW: 4,5) sah eine Mehrheit als relevant an. Es zeigt sich, dass die Mehrheit sowohl dispositionelle als auch situationelle Faktoren als wichtig für das Vorankommen betrachtete, wobei meritokratischen Faktoren etwas mehr Bedeutung zugemessen wurde.

---

<sup>21</sup> Derzeit lehnen drei von fünf Parlamentsparteien (ÖVP, FPÖ und NEOS) vermögensbezogene Steuern ab.

**Tabelle 8: Vorankommen im Leben: Dispositionelle vs. situationelle Logik**

Logik	Frage	Zustimmung	Mittelwert
Dispositionell	Bildung	85%	5,6
	Harte Arbeit	72%	5,1
Situationell	Familie	54%	4,5
	Glück	69%	5,0

Fragewortlaut (CAWI): „Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Dinge, um im Leben voranzukommen? 1) Aus einer wohlhabenden Familie zu stammen. 2) Eine gute Bildung zu haben. 3) Hart zu arbeiten. 4) Glück zu haben.“ Mittelwerte ohne „weiß nicht“.

Tabelle 9 schlüsselt die Ergebnisse nach Bildung, Einkommensgruppen und Vermögen auf. Befragte mit höherer Bildung (Matura) und höherem Einkommen (obere 50%) waren öfter der Überzeugung, dass meritokratische Attribute, wie harte Arbeit und gute Bildung, entscheidend sind. Diese Unterschiede sind statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

Dahingegen fallen die Unterschiede bei situationellen Faktoren deutlich geringer aus. Befragte mit höherer formaler Bildung waren allerdings häufiger der Ansicht, dass die Familie wichtig für das Vorankommen ist ( $p < 0,05$ ). Auffällig ist, dass vor allem die Einschätzung von „Glück“ für alle Gruppen nahezu identisch ausfällt.

**Tabelle 9: Vorankommen im Leben: Einfluss von Bildung und Einkommen**

Logik	Frage	Zustimmung Bildung		Zustimmung Einkommen		Zustimmung Vermögen	
		Ohne Matura	Matura	Untere 50%	Obere 50%	Rest	Top 10%
Dispositionell	Bildung	<b>82%</b>	<b>92%</b>	<b>79%</b>	<b>89%</b>	<b>88%</b>	<b>68%</b>
	Arbeit	<b>70%</b>	<b>78%</b>	<b>65%</b>	<b>77%</b>	74%	65%
Situationell	Familie	<b>50%</b>	<b>63%</b>	52%	55%	55%	51%
	Glück	69%	70%	68%	70%	<b>72%</b>	<b>56%</b>

Fragewortlaut (CAWI): „Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Dinge, um im Leben voranzukommen? 1) Aus einer wohlhabenden Familie zu stammen. 2) Eine gute Bildung zu haben. 3) Hart zu arbeiten. 4) Glück zu haben.“ **Hervorhebung:** Statistisch signifikanter Unterschied (t-Test  $p < 0,05$ ).

Demgegenüber weichen die Muster für Befragte mit hohem Vermögen (Stufen 8-10) teils deutlich ab: Diese Gruppe sieht Bildung (-20%,  $p < 0,01$ ) und Glück

(-16%,  $p < 0,05$ ) deutlich weniger entscheidend als die Vergleichsgruppe. Sofern der eigene hohe Wohlstand mit gutem Vorankommen gleichgesetzt wird, ist für diese Gruppe der eigene Erfolg somit in erster Linie durch harte Arbeit und den familiären Hintergrund begründet.

Auch die Einschätzung des Zusammenhangs von Reichtum und Armut wurde erhoben. Dabei wurde abgefragt, ob vier Aussagen für die Befragten zutreffen (7-teilige Likert-Skala), wovon je zwei Aussagen positive und negative Assoziationen von Reichtum in den Vordergrund stellten. Die wissenschaftliche Forschung (Barnes 2022) spricht von ökonomischen Vorstellungen, die von einer Nullsummenlogik geprägt sind, wenn Gewinne einer Gruppe (Reiche) automatisch Verluste der anderen (Arme) bedeuten. Im Gegensatz dazu ermöglicht eine Plussummenlogik einen beiderseitigen Nutzen (Arme profitieren vom Wohlstand Reicher).

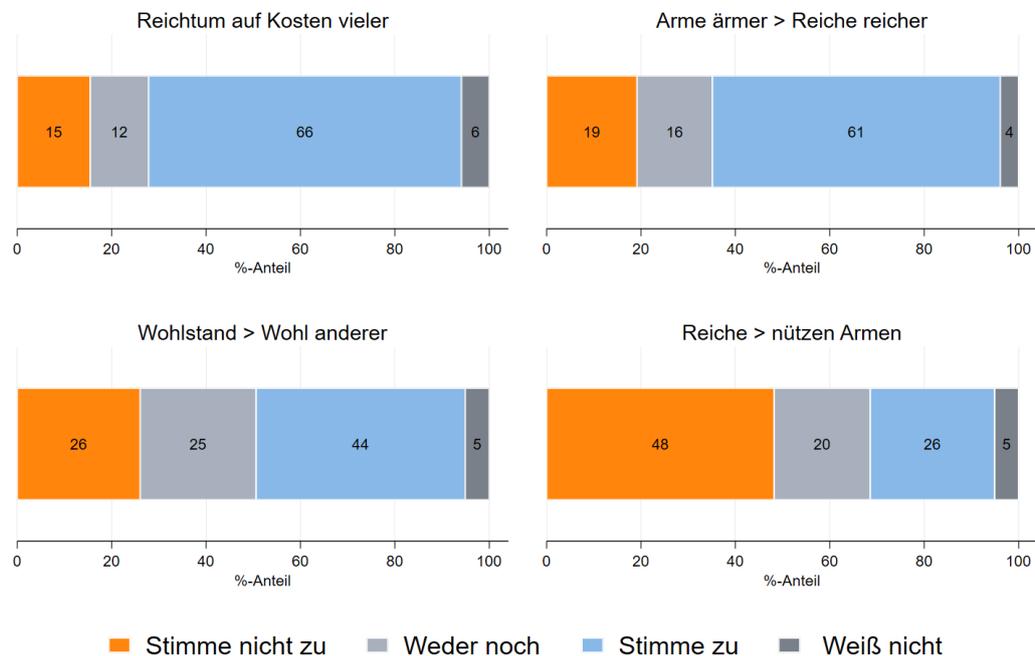
Abbildung 17 verdeutlicht, dass kritische Aussagen zu Reichtum (Nullsummenlogik) hohe Zustimmungswerte erhielten (66% meinten, dass der Reichtum weniger auf Kosten vieler beruht, 61% sagten, dass Arme ärmer werden, wenn Reiche reicher werden). Demgegenüber stimmte nur eine relative Mehrheit (44%) zu, dass Wohlstand zum Wohl anderer beitragen kann, und jeder Vierte (26%) sah einen Nutzen im Reichtum für weniger Wohlhabende (Plussummenlogik).

Um einen Zusammenhang mit soziodemografischen Faktoren zu prüfen, wurden die vier Fragen zusammengefasst.<sup>22</sup> Dabei zeigt sich, dass der Vermögensstatus der Befragten Unterschiede in den Antwortmustern erklären kann: Vermögende sahen Reichtum dabei weniger kritisch als Menschen mit geringeren Vermögen (Top 10%: MW: -0,2 vs. Rest: -1,4,  $p < 0,01$ ). Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich anhand der Einkommensverteilung, wobei die Unterschiede zwischen den geringsten und den höchsten Einkommensgruppen am größten sind (MW: -1,6 (Q1) vs. -1,2 (Q4),  $p < 0,1$ ). Die Beurteilung steht also deutlich mit dem eigenen Wohlstand in Zusammenhang. Daneben zeigt sich wieder eine politische Logik: Wer sich als links einstuft, sieht Reichtum kritischer als jene, die sich in der Mitte oder rechts positionieren (MW: -1,7 vs. -1,3, -0,9,  $p < 0,05$ ).

---

<sup>22</sup> Dabei wird die Summe der Antworten auf die kritischen Aussagen (Nullsummenlogik) von der Summe der Antworten der positiven Aussagen (Plussummenlogik) subtrahiert, wobei die Werte jeweils durch die Anzahl der Fragen (2) dividiert werden. Die Werte reichen von -6 (durchwegs kritische Beurteilung von Reichtum/Nullsummenlogik) bis +6 (durchwegs positives Urteil/Plussummenlogik).

Abbildung 17: Zusammenhang von Reichtum und Armut



Fragewortlaut: „Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach zutrifft? 1) Wenn einige Menschen ärmer werden, werden andere Menschen reicher. 2) Wer sich um seinen eigenen Wohlstand kümmert, trägt auch zum Wohlstand anderer bei. 3) Wenn es mehr reiche Leute in einem Land gibt, nützt das auch den ärmeren Menschen. 4) Der Reichtum einiger weniger wird auf Kosten vieler erworben.“

Die Ergebnisse legen nahe, dass Wohlstand, Bildung, Alter und politische Einstellungen sich auf die beschriebenen Heuristiken niederschlagen. Die Logik der vorherrschenden Denkmuster fällt jedoch nicht kohärent aus und offenbart zum Teil Widersprüche in den Erklärungsmustern (z. B. situativer und dispositioneller Erfolgserklärungen).

### 3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse zeichnen ein ambivalentes Bild der Einstellungen zu Demokratie und Beteiligung in Österreich. Einerseits zeigt sich, dass es nicht an politischem Interesse fehlt und die Mehrheit sich in der Lage fühlt, am politischen Leben teilzunehmen. Zudem können drei von vier Menschen in Österreich eine Partei nennen, die ihre Interessen (am ehesten) vertritt.

Auch die abgefragten Beteiligungsformen verdeutlichen, dass sich zahlreiche Menschen in das politische und gesellschaftliche Leben einbringen und

somit Gesellschaft und Demokratie mit Leben erfüllen. Dahingegen sind viele Österreicher:innen der Ansicht, dass sich die Politik zu wenig um ihresgleichen und den Kontakt zur Bevölkerung kümmert.

Hinsichtlich der Bewertung von Demokratie, der (wahrgenommenen) persönlichen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten sowie der tatsächlichen Beteiligung ist zudem ein hohes Maß an Ungleichheit augenscheinlich. Vor allem Wohlstand und Bildung beeinflussen deutlich, wie Menschen in Österreich Demokratie wahrnehmen und ob bzw. wie stark sie sich beteiligen.

Der Gute Rat für Rückverteilung war einer relativen Mehrheit der Österreicher:innen bekannt, was auch im Vergleich zu zentralen politischen Akteur:innen beachtlich ist. Die öffentliche Wahrnehmung des Bürger:innenrats ist dabei überwiegend positiv: Eine (relative) Mehrheit der Befragten stimmt den Botschaften des Guten Rats zu und befürwortet die Auswahl und Verteilung der Geldmittel. Eine absolute Mehrheit der Befragten des Online-Panels sieht im Guten Rat ein Vorbild für andere (Hoch-)Vermögende und würde sich wünschen, dass die Politik Botschaften des Guten Rats umsetzt.<sup>23</sup>

Auch die Legitimität des Guten Rats ist hoch: Trotz der privaten Organisation betrachtete ihn eine Mehrheit als unabhängig, transparent und repräsentativ. Im Gegensatz zu bisherigen Studien zeigt sich, dass der Gute Rat bei privilegierten Gruppen (Wohlstand, Bildung, Demokratiezufriedenheit) besser ankam als bei Personen, die unzufriedener mit der repräsentativen Demokratie sind oder deren Interessen tendenziell schlechter abgebildet werden.

Der Bericht zeigt außerdem, dass die Einschätzung der Vermögensverteilung Einstellungen zu Verteilungsfragen beeinflussen kann. Während nur wenige Menschen korrekt über die Vermögenskonzentration in Österreich informiert sind, nimmt eine große Mehrheit die Verteilung von Vermögen in Österreich als ungerecht wahr. Viele sehen zudem ein Ungleichgewicht der steuerlichen Belastung von Arbeit (hoch) und Vermögen (niedrig) und würden Anpassungen unterstützen.

Das Meinungsbild zu konkreten Vorschlägen der Vermögensbesteuerung ist eindeutig: Über drei Viertel der Österreicher:innen befürworteten die Einführung von Vermögenssteuern, etwa 60% sind für die Besteuerung von Erbschaften. Diese klaren Mehrheiten sind aus früheren Befragungen bekannt, finden aber kaum (partei)politische Repräsentation.

---

<sup>23</sup> Diese Frage wurde ausschließlich im Rahmen der Online-Befragung gestellt.

Hinsichtlich der Einstellungsmuster oder Heuristiken zu Fragen der Vermögensverteilung zeichnen die Ergebnisse ein ambivalentes Bild. Einerseits überwiegen meritokratische Befunde, die Erfolg mit Bildung und harter Arbeit in Verbindung setzen. Andererseits steht die Mehrheit der Befragten Reichtum eher kritisch gegenüber und streicht negative Aspekte für die Gesellschaft heraus. Soziodemografische Faktoren und hier vor allem Wohlstandsunterschiede erklären einige Abweichungen hinsichtlich der Bewertung von Reichtum und Meritokratie, es liegt jedoch kein durchgehendes Muster vor.

## 4 Diskussion

Die Forschung zu deliberativen Beteiligungsverfahren zeigt, dass sorgfältig geplante und umgesetzte Bürger:innenräte neben der demokratischen Aktivierung der Teilnehmenden auch die Akzeptanz demokratischer Prozesse und Entscheidungen erhöhen können (Germann et al. 2022; OECD 2020; Dryzek et al. 2019; Geißel et al. 2017; Suiter et al. 2021).

Darüber hinaus können Bürger:innenräte öffentliche Debatten anstoßen und so den Wissensstand der Bevölkerung vergrößern und zur Meinungsbildung beitragen (Már & Gastil 2023; Suiter et al. 2021; Geißel et al. 2017). Bisherige Befunde stützten sich fast ausschließlich auf politisch initiierte Beteiligungsprozesse. Forschungsergebnisse legen nahe, dass privat organisierte Bürger:innenräte kritischer wahrgenommen werden als staatlich initiierte Varianten (Goldberg & Bächtiger 2023). Sie beruhen jedoch auf hypothetischen Befragungsexperimenten und lassen sich nur bedingt auf den Guten Rat für Rückverteilung umlegen.

Dieser Bericht liefert somit neue Einblicke in das Potenzial privat initiierten deliberativer Beteiligungsprozesse. Die Resultate verdeutlichen zunächst ein hohes Ausmaß an Bekanntheit, Zuspruch und Legitimität dieses deliberativen Beteiligungsprozesses in der öffentlichen Wahrnehmung. Das deutet darauf hin, dass der Gute Rat zur öffentlichen Debatte beitragen konnte.

Bisherige Studien zeigen, dass insbesondere weniger privilegierte und schlechter repräsentierte Bevölkerungsgruppen sich eher für Bürger:innenräte aussprechen, und deuten an, dass diese Gruppen durch partizipative, deliberative Beteiligungsverfahren für die demokratische Mitwirkung mobilisiert werden könnten (Pilet et al. 2024, 2023; Germann et al. 2022; Már & Gastil 2023; Pow 2023; Towfigh et al. 2016). Im Unterschied dazu zeigt sich

beim Guten Rat für Rückverteilung, dass Menschen, die zufriedener mit der Demokratie sind, die über einen höheren soziodemografischen Status verfügen oder sich eher von der Politik repräsentiert fühlen, diesen positiver bewerten.

Dieses Resultat erscheint überraschend und die Ursachen dieser Abweichung zur bestehenden Forschung können im Rahmen dieser Einzelfallstudie nicht geklärt werden. Themenspezifische Einstellungen oder ideologisch geprägte Präferenzen zu Fragen der Vermögensverteilung könnten einen Anhaltspunkt liefern (Goldberg & Bächtiger 2023). Eine andere Option wäre, dass privat organisierte Bürger:innenräte ohne demokratisches Mandat und politische Anbindung über ein geringeres Potenzial zur Stärkung des demokratischen Vertrauens und zur demokratischen Aktivierung sozial und politisch unterprivilegierter Gruppen verfügen. Die Klärung dieser wichtigen Frage obliegt zukünftigen Forschungsprojekten.

Daneben war ein Ziel der Begleitforschung, ein repräsentatives Stimmungsbild zu Demokratie und Beteiligung sowie zu Fragen der Vermögensverteilung in Österreich zu erheben. Politisches Interesse, demokratische Beteiligung und die Zufriedenheit mit der (repräsentativen) Demokratie sind zentrale Kennzahlen für die Qualität und das Funktionieren demokratischer Systeme.

Aktuelle Studien zeigen, dass insbesondere einkommensschwächere Österreicher:innen mit dem Zustand der Demokratie und der Vertretung ihrer Interessen unzufrieden sind (Zandonella 2024; Zandonella & Schönherr 2023). Internationale Studien belegen, dass die politischen Interessen von sozial benachteiligten Menschen seltener von politischen Entscheidungsträger:innen aufgegriffen werden und sich daher weniger in der demokratischen Willensbildung und Gesetzgebung niederschlagen (Elsässer & Schäfer 2023; Gilens 2012; Bartels 2008). Auch dieser Bericht liefert einen deutlichen Befund der Ungleichheit: Politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit und politische Beteiligung sind stark von soziodemografischen Faktoren, wie Wohlstand und Bildung, abhängig.

Bei Fragen der Vermögensverteilung und Steuergerechtigkeit zeichnet die Erhebung ein deutliches Meinungsbild: Eine große Mehrheit der Österreicher:innen spricht sich für die Einführung vermögensbezogener Steuern aus und bestätigt damit einen jahrelangen Befund.<sup>24</sup> Die aktuellen

---

<sup>24</sup> Ein [Überblick über Umfragen zu vermögensbezogenen Steuern](#) zeigt, dass sich seit 2009 eine stabile Mehrheit in Österreich für die Einführung von Steuern ausspricht [25.09.2024].

Daten unterstreichen zudem, dass deutliche Mehrheiten eine Anpassung der Steuern auf Arbeit (zu hoch) und Vermögen (zu niedrig) unterstützen würden.

Diese Mehrheiten gehen über ideologische Grenzen und parteipolitische Naheverhältnisse hinaus und werden von empirischen Daten gestützt: Im internationalen Vergleich liegt Österreich bei der Besteuerung von Arbeit im Spitzenfeld und befindet sich gleichzeitig bei vermögensbezogenen Steuern unter den Schlusslichtern (OECD 2024; 2023).

Ökonomische Ungleichheit und fehlende politische Repräsentation können das Vertrauen in die Demokratie und die Akzeptanz staatlicher Institutionen untergraben und den sozialen Frieden gefährden (u. a. Piketty 2021; Lindberg 2019; Kotschy & Sunde 2017; OECD 2015; für Österreich: Ehs & Zandonella 2020). Vor dem Hintergrund steigender ökonomischer und politischer Ungleichheit unterstreichen die Ergebnisse dieses Berichts die Notwendigkeit, demokratische und inhaltliche Angebote an jene Menschen zu richten, deren Interessen weniger gut abgebildet werden.

## Literaturverzeichnis

- Adler, N. E., Epel, E. S., Castellazzo, G. & Ickovics, J. R. (2000). Relationship of subjective and objective social status with psychological and physiological functioning: Preliminary data in healthy, White women. *Health Psychology, 19*(6), 586.
- Alesina, A. & Angeletos, G. M. (2005). Fairness and redistribution. *American Economic Review, 95*(4), 960-980.
- Anderson, C. J. (2002). *Good Questions, Dubious Inferences, and Bad Solutions: Some Further Thoughts on Satisfaction with Democracy*. Centre on Democratic Performance, Working paper N° 116, Binghamton.
- Balestra, C. & Tonkin, R. (2018). *Inequalities in household wealth across OECD countries: Evidence from the OECD Wealth Distribution Database*. OECD Statistics Working Paper series, No. 2018/01.
- Bandilla, W. (2015). *Online-Befragungen (GESIS Survey Guidelines)*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bartels, L. M. (2008). *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton: Princeton University Press.
- Bublitz, E. (2020). Misperceptions of income distributions: cross-country evidence from a randomized survey experiment. *Socio-Economic Review, 20*, 435–462.
- Cornesse, C., Blom, A. G., Dutwin, D., Krosnick, J. A., De Leeuw, E. D., Legleye, S., ... & Wenz, A. (2020). A review of conceptual approaches and empirical evidence on probability and nonprobability sample survey research. *Journal of Survey Statistics and Methodology, 8*(1), 4-36.
- Courant, D. (2022). Institutionalizing deliberative mini-publics? Issues of legitimacy and power for randomly selected assemblies in political systems. *Critical Policy Studies, 2*, 162-180.
- Curato, N., Farrell, D. M., Geißel, B., Grönlund, K., Mockler, P., Pilet, J.-P., Renwick, A., Rose, J., Setälä, M. & Suiter, J. (2021). *Deliberative mini-publics: Core design features*. Bristol University Press.
- Devaney, L., Torney, D., Brereton, P. & Coleman, M. (2020). Ireland's citizens' assembly on climate change: Lessons for deliberative public engagement and communication. *Environmental Communication, 14*(2), 141-146.

- Dryzek, J. S., Bächtiger, A., Chambers, S., Cohen, J., Druckman, J. N., Felicetti, A. ... & Warren, M. E. (2019). The crisis of democracy and the science of deliberation. *Science*, 363(6432), 1144-1146.
- Easton, D. (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. Routledge: New York.
- Easton, D. (1975). A re-assessment of the concept of political support. *British journal of political science*, 5(4), 435-457.
- Ehs, T. & Zandonella, M. (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 47(1), 63-101.
- Elsässer, L. & Schäfer, A. (2023). Political inequality in rich democracies. *Annual Review of Political Science*, 26(1), 469-487.
- Ferschli, B., Kapeller, J., Schütz, B., & Wildauer, R. (2017). Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft*, (167).
- Fessler, P., Lindner, P. & Schürz, M. (2023). *Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2021: first results for Austria*. OeNB Reports. [https://www.hfcs.at/dam/jcr:435ec169-8c42-4614-ad31-e36c4d0640a0/HFCS\\_2021\\_first-results.pdf](https://www.hfcs.at/dam/jcr:435ec169-8c42-4614-ad31-e36c4d0640a0/HFCS_2021_first-results.pdf) [14.03.2024]
- Fishkin, J. S. (2018). *Democracy when the people are thinking: Revitalizing our politics through public deliberation*. Oxford University Press.
- Flanigan, B., Gölz, P., Gupta, A., Hennig, B. & Procaccia, A. D. (2021). Fair algorithms for selecting citizens' assemblies. *Nature*, 596(7873), 548-552.
- Geißel, B., Dean, R., Jung, S. & Wipfler, B. (2019). *Bürgerrat Demokratie. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation*. Goethe Universität, Frankfurt am Main.
- Germann, M., Marien, S. & Muradova, L. (2022). Scaling Up? Unpacking the Effect of Deliberative Mini-Publics on Legitimacy Perceptions. *Political Studies*, Online first. <https://doi.org/10.1177/00323217221137444>
- Gilens, M. (2012). *Affluence and influence: Economic inequality and political power in America*. Princeton University Press.
- Gimpelson, V. & Treisman, D. (2018). Misperceiving inequality. *Economics & Politics*, 30(1), 27-54.
- Giraudet, L. G., Apouey, B., Arab, H., Baeckelandt, S., Begout, P., Berghmans, N. ... & Tournus, S. (2022). "Co-construction" in deliberative democracy: lessons from the French Citizens' Convention for Climate. *Humanities and Social Sciences Communications*, 9(1), 1-16.

- Goldberg, S. & Bächtiger, A. (2023). Catching the ‘deliberative wave’? How (disaffected) citizens assess deliberative citizen forums. *British Journal of Political Science*, 53(1), 239-247.
- Haselmayer, M. (2024). Auswahl der Mitglieder des Guten Rats. Dokumentation der Ergebnisse. Wien: Foresight, März 2024.  
[https://www.foresight.at/fileadmin/user\\_upload/pdf/FORESIGHT\\_Bericht\\_23061\\_Guter\\_Rat\\_Auswahl.pdf](https://www.foresight.at/fileadmin/user_upload/pdf/FORESIGHT_Bericht_23061_Guter_Rat_Auswahl.pdf)
- Jensen, C. & van Kersbergen, K. (2017). *The Politics of Inequality*. London: Palgrave.
- Jestl, S. & List, E. (2020). *Distributional National Accounts (DINA) for Austria, 2004–2016*. <https://wid.world/news-article/distributional-national-accounts-dina-for-austria-2004-2016/> [14.03.2024]
- Kennickell, A. B., Lindner, P. & Schürz, M. (2022). A new instrument to measure wealth inequality: distributional wealth accounts. *Monetary Policy & the Economy. Quarterly Review of Economic Policy*, 21(4), 61-84.
- Kotschy, R. & Sunde, U. (2017). Democracy, inequality, and institutional quality. *European Economic Review*, 91, 209-228.
- Kuziemko, I., Norton, M. I., Saez, E. & Stantcheva, S. (2015). How elastic are preferences for redistribution? Evidence from randomized survey experiments. *American Economic Review*, 105(4), 1478-1508.
- Levitsky, S. & Ziblatt, D. (2019). *How democracies die*. New York: Crown.
- Lindberg, S. (2019). *Are increasing inequalities threatening democracy in Europe*. Carnegie Europe.
- Már, K., Gastil, J. (2023). Do Voters Trust Deliberative Minipublics? Examining the Origins and Impact of Legitimacy Perceptions for the Citizens’ Initiative Review. *Political Behavior*, 45, 975-994.
- McCall, L., Burk, D., Laperrière, M. & Richeson, J. A. (2017). Exposure to rising inequality shapes Americans’ opportunity beliefs and policy support. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 114(36), 9593-9598.
- OECD (2015). *In It Together: Why Less Inequality Benefits All*. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/9789264235120-en>
- OECD (2020). *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave*. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/339306da-en>

- OECD (2023). *Revenue Statistics – OECD countries (1965-2021)*.  
<https://stats.oecd.org/#>
- OeNB (2020). *Net wealth in Europe. New results from the Eurosystem*.  
[https://www.hfcs.at/docroot/3\\_2020\\_HFCS\\_DB\\_int\\_3rdwave.html#about](https://www.hfcs.at/docroot/3_2020_HFCS_DB_int_3rdwave.html#about) [14.03.2024]
- OECD (2024). Taxing wages – Austria. <https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-issues/tax-policy/taxing-wages-austria.pdf> [25.09.2024]
- OeNB (2023). *Neue Daten zu den Finanzen der privaten Haushalte in Österreich, Präsentation am 14.06.2023*.  
[https://www.hfcs.at/dam/jcr:c4e34060-8a92-43cf-aaa3-31d73f2d0096/HFCS\\_Praesentation-4-Welle-Schuerz.pdf](https://www.hfcs.at/dam/jcr:c4e34060-8a92-43cf-aaa3-31d73f2d0096/HFCS_Praesentation-4-Welle-Schuerz.pdf) [14.03.2024]
- Pfeffer, F. T. & Waitkus, N. (2021). The wealth inequality of nations. *American Sociological Review*, 86(4), 567-602.
- Piketty, T. (2021). *Capital and ideology*. Cambridge, MA/London: Harvard University Press.
- Pilet, J. B., Bol, D., Vittori, D. & Paulis, E. (2023). Public support for deliberative citizens' assemblies selected through sortition: Evidence from 15 countries. *European Journal of Political Research*, 62(3), 873-902.
- Pilet, J. B., Bedock, C., Talukder, D. & Rangoni, S. (2024). Support for deliberative mini-publics among the losers of representative democracy. *British Journal of Political Science*, 54(2), 295-312.
- Pow, J. (2023). Mini-publics and the wider public: The perceived legitimacy of randomly selecting citizen representatives. *Representation*, 59(1), 13-32.
- Powell, G. B. (1986). American voter turnout in comparative perspective. *American Political Science Review*, 80(1), 17-43.
- Prats, M. & A. Meunier (2021). *Political efficacy and participation: An empirical analysis in European countries*. OECD Working Papers on Public Governance, 46. Paris: OECD Publishing.  
<https://doi.org/10.1787/4548cad8-en>.
- Prior, M. (2010). You've either got it or you don't? The stability of political interest over the life cycle. *The Journal of Politics*, 72(3), 747-766.
- Schräpler, J. P. (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Non-response lernen? *ZUMA-Nachrichten* 46, 117-149.

- Selb, P. & Munzert, S. (2013). Voter overrepresentation, vote misreporting, and turnout bias in postelection surveys. *Electoral Studies*, 32(1), 186-196.
- Singh, S. P. & Mayne, Q. (2023). Satisfaction with democracy: a review of a major public opinion indicator. *Public Opinion Quarterly*, 87(1), 187-218.
- Skitka, L. J., Mullen, E., Griffin, T., Hutchinson, S. & Chamberlin, B. (2002). Dispositions, scripts, or motivated correction? Understanding ideological differences in explanations for social problems. *Journal of Personality and Social Psychology*, 83(2), 470.
- Skopek, N., Kolb, K., Buchholz, S. & Blossfeld, H. P. (2012). Einkommensreich – vermögensarm? Die Zusammensetzung von Vermögen und die Bedeutung einzelner Vermögenskomponenten im europäischen Vergleich. *Berliner Journal für Soziologie*, 22(2).
- Suiter, J., Farrell, D. M. & O'Malley, E. (2016). When do deliberative citizens change their opinions? Evidence from the Irish Citizens' Assembly. *International Political Science Review*, 37(2), 198-212.
- Suiter, J., Park, K., Galligan, Y. & Farrell, D. M. (2021). *Evaluation Report of the Irish Citizens' Assembly on Gender Equality*. <https://arrow.tudublin.ie/cgi/viewcontent.cgi?article=1041&context=aaschsslrep> [14.03.2024]
- Starkbaum, J., Auel, K., Bobi, V., Fuglsang, S., Grand, P., Griessler, E. ... & Unger, M. (2023). *Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*. IHS/Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wien.
- Towfigh, E. V., Goerg, S. J., Glöckner, A. et al. (2016). Do direct-democratic procedures lead to higher acceptance than political representation? *Public Choice* 167, 47-65.
- van Deth, J. (2021, September 29). *What Is Political Participation?* Oxford Research Encyclopedia of Politics. <https://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-68> [10.04.2024]
- van Dijk, L., Turkenburg, E. & Pow, J. (2023). The perceived legitimacy of deliberative minipublics: taking the perspective of polarized citizens. *European Political Science Review*, 15(3), 409-426.

Verba, S. & Nie, N. H. (1972). *Participation in America: Political democracy and social equality*. Harper & Row.

Zandonella, M. (2024). *Demokratie Monitor 2023*. Fokusbericht. Wien: Foresight.

Zandonella, M. & Schönherr, D. (2023). *Umverteilung – So denken die Vielen*. Steuer-, arbeitsmarkt- & sozialpolitische Vorhaben aus Sicht der Bevölkerung. Forschungsbericht. Wien: SORA.

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht Guter Rat	5
Tabelle 2: Übersicht Forschungsdesign	7
Tabelle 3: Demokratiezufriedenheit anhand der Einkommensverteilung	11
Tabelle 4: Einflüsse auf die Wahlbeteiligung	16
Tabelle 5: Kenntnis Guter Rat und Einschätzung des Vermögensanteils	30
Tabelle 6: Auswirkung der Einschätzung des Vermögensanteils	31
Tabelle 7: Einkommen und Verteilungsgerechtigkeit	32
Tabelle 8: Vorankommen im Leben: Dispositionelle vs. situationelle Logik	37
Tabelle 9: Vorankommen im Leben: Einfluss von Bildung und Einkommen	37

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Politisches Interesse	9
Abbildung 2: Zufriedenheit mit Demokratie in Österreich	10
Abbildung 3: Politische Wirksamkeit	12
Abbildung 4: Vermögen und externe Wirksamkeit	13
Abbildung 5: Demokratische Beteiligung	15
Abbildung 6: Zustimmung zu demokratischen Entscheidungen	17
Abbildung 7: Demokratische Entscheidungen nach Parlamentsparteien	18
Abbildung 8: Wissen über den Guten Rat	21
Abbildung 9: Ergebnisse des Guten Rats	23
Abbildung 10: Ergebnisse des Guten Rats nach Wissensstand	24
Abbildung 11: Vorbildfunktion des Guten Rats	25
Abbildung 12: Legitimität des Guten Rats	26
Abbildung 13: Vermögensanteil Top 1%	29
Abbildung 14: Steuerbelastung auf Vermögen und Arbeit	33
Abbildung 15: Einführung von Vermögenssteuern	34
Abbildung 16: Einführung von Erbschaftssteuern	35
Abbildung 17: Zusammenhang von Reichtum und Armut	39

## Appendix

**Tabelle A1: Demokratie & Partizipation (ohne „weiß nicht“)**

	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Politikinteresse	2,13	0,89	1	4	996
Beteiligung: Demonstration	0,14	0,35	0	1	988
Beteiligung: Unterschriften	0,43	0,50	0	1	980
Beteiligung: Partei, Verein etc.	0,22	0,41	0	1	984
Beteiligung: Freundeskreis	0,56	0,50	0	1	974
Beteiligung: Internet	0,37	0,48	0	1	979
Verständnis polit. Fragen	2,31	1,07	1	5	985
Teilnahme polit. Diskussion	2,47	1,25	1	5	990
Politik kümmert sich um Leute wie mich	3,65	1,11	1	5	988
Politik bemüht sich um Kontakt ...	3,59	1,10	1	5	991
Demokratiezufriedenheit	3,71	2,02	0	7	986
Dafür: Volksabstimmung	1,75	0,96	1	5	985
Dafür: Bürger:innenräte	2,35	1,06	1	5	939
Dafür: Expert:innenkommissionen	2,52	1,22	1	5	965
Dafür: Abstimmung Parlament	2,29	1,10	1	5	963
Dafür: Beschlüsse Regierung	2,50	1,08	1	5	950
Wahlabsicht: EU-Parlament	3,33	1,12	1	5	985
Partei, die Interessen vertritt (ja/nein)	0,82	0,38	0	1	935

**Tabelle A2: Vermögensverteilung (Wissen) (ohne „weiß nicht“)**

	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Anteil reichstes 1% (Ist)	5,40	2,73	1	10	846
Besteuerung (Ist): Vermögen	3,07	1,28	1	5	937
Besteuerung (Ist): Arbeit	1,76	0,85	1	5	967
Vermögensleiter	7,15	1,96	1	10	949
Einkommen (Kategorie)	7,77	4,24	1	18	828

**Tabelle A3: Vermögensverteilung (Einstellungen) (ohne „weiß nicht“)**

	MW	Std.-Abw.	Min	Max	N
Verteilung Vermögen gerecht	2,97	0,85	1	4	960
Anteil reichstes 1% (Ist)	2,03	1,09	1	5	838
Besteuerung (Soll): Vermögen	2,35	1,12	1	5	937
Besteuerung (Soll): Arbeit	4,04	0,94	1	5	952
Einführung Vermögenssteuer	3,98	1,45	1	6	929
Einführung Erbschaftssteuer	4,53	1,50	1	6	950

**Tabelle A4: Vermögensverteilung (Heuristiken) (ohne „weiß nicht“)**

	<b>MW</b>	<b>Std.-Abw.</b>	<b>Min</b>	<b>Max</b>	<b>N</b>
Wichtig für Vorankommen: Wohlhabende Familie	4,50	1,77	1	7	977
Wichtig für Vorankommen: Gute Bildung	5,63	1,23	1	7	982
Wichtig für Vorankommen: Harte Arbeit	5,11	1,45	1	7	980
Wichtig für Vorankommen: Glück	4,97	1,44	1	7	976
Arme ärmer -> Reiche reicher	4,94	1,78	1	7	963
Wohlstand kümmert -> Wohl anderer	4,27	1,60	1	7	951
Reiche -> nützt auch Armen	3,33	1,71	1	7	951
Reichtum weniger auf Kosten vieler	5,24	1,66	1	7	943